

Landesinfo Baden-Württemberg



Rund 900 Menschen demonstrierten am 28. Januar in Heilbronn gegen Rassismus und Naziterror. Der Bundestagsabgeordnete der Linken, Richard Pitterle, forderte: „Im Kampf gegen Neonazis darf man sich nicht auf Geheimdienste verlassen, der beste Verfassungsschutz ist die kritische Öffentlichkeit.“

Eurokrise

**„Wir sind alle
Griechen“**

Seite 4

Zehn Jahre Hartz IV

**Niedriglöhne sind
verbreitet**

Seite 6

Verfassungsschutz

**Bespitzelung der
Linken schadet
Demokratie**

S. 10

Tübingen

**NSDAPler immer
noch Ehrenbürger**

S. 12

In den Kommunen

**Landesweit gegen
Nazis**

Seite 13

LBBW-Wohnungen

**Grün-Rot bricht
weiteres Wahlver-
sprechen**

Seite 21

Inhalt

■■■ „Wir sind alle Griechen“	4
■■■ Pitterle: Euro-Krise – Verursacher zur Kasse	5
■■■ Tarifrunden: Ende der Bescheidenheit	7
■■■ Frauenarmut hat System	8
■■■ Konstanz vor dem Konziljubiläum	14
■■■ ACTA stoppen!	12
■■■ Sozialticket in Mannheim	18
■■■ LBBW-Wohnungen fallen Heuschrecke zum Opfer	21
■■■ Ostermarsch 2012	23
■■■ Annette Groth: Kurdistan geht uns alle an	24

Das nächste Landesinfo erscheint im Juni 2012.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 2/2012 ist der 25. Mai.

Beilagenhinweis: „Kurswechsel“ Nr. 6, Zeitung für Baden-Württemberg.

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Landesparteitag der LINKEN Baden-Württemberg

am Samstag, 28. April und Sonntag, 29. April 2012

Ort: Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicher Straße 20

Der Landesparteitag wird sich zu aktuellen Aufgaben der Landespartei positionieren und sich mit Satzungsänderungen beschäftigen. Ebenso werden die 24 Delegierten zum Bundesparteitag und die vier Bundesausschussmitglieder in geheimer Wahl bestimmt.

Zur Wahl der 24 Bundesparteitagsdelegierten wurde vom Landesauschuss eine Wahlordnung beschlossen, die eine regionale Ausgewogenheit nach Mitgliederstärke in den vier Regierungsbezirken ermöglicht.

Als Gastrednerin ist am Samstagvormittag die stellvertretende Parteivorsitzende Sahra Wagenknecht vorgesehen.

Zehn Euro Beitrag im Durchschnitt, das müsste doch drin sein ...

Liebe Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser des Landesinfos, liebe Genossinnen und Genossen, dem Landesinfo beiliegend findet Ihr die neue Ausgabe des *Kurswechsel*, eine Zeitung der LINKEN Baden-Württemberg, mit der wir regelmäßig landesweit dazu beitragen wollen, die LINKE besser bekannt zu machen, zum Beispiel an Info-Ständen, mit Steckaktionen in wichtigen Stadtteilen und auch durch Direktversand. In den Kreisverbänden ist die neue Ausgabe vorrätig und kann verteilt werden.

Kurswechsel ist auch ein Hilfsmittel, um interessierte Leute in unserem Umfeld anzusprechen und als Mitglied zu werben.

Publizistik kostet auch Geld. Deshalb fordern wir Mitglieder und Freunde der Partei auf: spendet für das Projekt *Kurswechsel*.

Bankverbindung: Postbank Stuttgart; BLZ 60010070; Konto: 289 582 700, Stichwort: *Kurswechsel*.

DIE LINKE kann nicht auf Großspenden hoffen, sondern ist auf Mitgliedsbeiträge und viele kleine Spenden angewiesen. Mitglieder, die beitrags säumig sind, bitten wir deshalb um Verständnis, dass sie von den Kreisvorständen angeschrieben werden.

Mitglieder, die die Möglichkeit dazu haben, bitten wir, im neuen Jahr eine Beitragsanpassung nach oben vorzunehmen. Unser Ziel ist es, im Verlauf des Jahres 2012 einen monatlichen Durchschnittsbeitrag von über 10 Euro zu erreichen.

Mit solidarischen Grüßen

Christoph Cornides (Landesschatzmeister)



Ulrich Maurer: „Beate Klarsfeld ist für das Amt des Bundespräsidenten hervorragend geeignet“

Beate Klarsfeld hat sich seit 1968 durch ein konsequentes Vorgehen gegen das Nazitum und andere Feinde der Demokratie verdient gemacht. DIE LINKE schlägt sie als Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin vor. Ulrich Maurer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, begründet im Interview der Woche, warum Joachim Gauck für DIE LINKE nicht wählbar ist: „CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne haben einen Kandidaten vorgeschlagen, der gleich ihrem politischen Verständnis für den unregulierten Finanzmarktkapitalismus, das Hartz IV-System und für Kriegseinsätze steht. Wir stehen an der Seite der Wählerinnen und Wähler, die sich eine Politik wünschen, die sich an den Sorgen der Menschen orientiert.“

DIE LINKE hat sich entschieden, eine eigene Kandidatin aufzustellen: Was waren letztlich die Gründe dafür?

Ulrich Maurer: CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne haben einen Kandidaten vorgeschlagen, der gleich ihrem politischen Verständnis für den unregulierten Finanzmarktkapitalismus, das Hartz IV-System und für Kriegseinsätze steht. In den letzten sechs Jahren war DIE LINKE die einzige Partei im Bundestag, die sich gegen diese Politik gestellt hat. Wir stehen an der Seite der Wählerinnen und Wähler, die sich eine Politik wünschen, die sich an den Sorgen der Menschen orientiert und nicht nach den Bedürfnissen von Unternehmen richtet. Deswegen war es für uns auch eine logische Folge, eine eigene Kandidatin zu nominieren, die gegen die neoliberale Allianz für eine soziale Politik steht.

Was qualifiziert Beate Klarsfeld für das Amt?

Beate Klarsfeld hat sich seit 1968 durch ein konsequentes Vorgehen gegen das Nazitum und andere Feinde der Demokratie verdient gemacht. Erst durch ihre Aktionen wurde vielen jungen Menschen klar, wie sehr der Herrschaftsapparat der BRD auf die Kollaboration mit ehemaligen Nazis aufbaute. Ob in Deutschland, Polen, Frankreich oder Südamerika setzte sie sich dafür ein, dass ehemalige Nazis verurteilt wurden. Somit trägt sie noch heute dazu bei, dass auch viele ungesühnte Straftaten nicht in Vergessenheit geraten. Deswegen schlugen wir sie auch 2009 für das Bundesverdienstkreuz vor. Ein Vorschlag, der 2007 schon einmal von Außenminister Joschka Fischer abgelehnt wurde. Während sie in Frankreich durch Präsident

Mitterrand zum Ritter der Ehrenlegion ernannt wurde, blieb unser Vorschlag auch unter Außenminister Westerwelle 2011 verwehrt. In unseren Augen ist sie für das Amt des Bundespräsidenten hervorragend geeignet.

Über Joachim Gauck wird 2012 mehr diskutiert als 2010: was sind für DIE LINKE die entscheidenden Gründe, ihn abzulehnen?

Joachim Gauck steht für eine Politik, die wir als Linke nicht vertreten können: Er findet Sarrazin und Kriegseinsätze in Ordnung, kämpft für die unkontrollierbaren Finanzmärkte, rechtfertigt das menschenverachtende Hartz-System und macht sich über die Aktivisten der Occupy-Bewegung lustig. Er ist ein wortgewaltiger Redner, der durch seine Wortwahl bewusst provoziert, spaltet

lässt für Datenschützer große Zweifel über sein Demokratieverständnis aufkommen. Da er nun, im Gegensatz zu vor zwei Jahren gegen Wulff, der wahrscheinlich gewählte Bundespräsident wird, sieht man ihn und seine Vergangenheit unter einem anderen Licht.

Teilen Sie die Kritik an Gaucks Honorarforderungen von bis zu 20.000 Euro für öffentliche Auftritte?

Wenn jemand horrenden Forderungen stellt und diese erfüllt werden, kann man ihm keinen Vorwurf machen – auch dass diese Vorträge von Arbeitgeberverbänden und Banken veranstaltet wurden, oder man Karten für einen Vortrag für 19 Euro erwerben kann; bedenklich ist nur, dass er für das, was und vor allem, wie er es sagt, Geld erhält. Es wäre der durch Wulff verloren gegangenen

Transparenz hilfreich, wenn er genau auflistet, wie seine Bezüge durch seine Tätigkeit als Pfarrer und als Behördenleiter wären, und wann er wo, wie viel Geld erhalten hätte.

Wen repräsentiert Joachim Gauck?

In einer beispiellosen Form repräsentiert er nur sich selber. Ansonsten ist er ein Geist, den SPD und Grüne gerufen haben, und jetzt nicht mehr loswerden.

Die letzten Monate waren geprägt vom quälenden Prozess um einen Bundespräsidenten, der sich von seinem Amt nicht trennen konnte. Wer trägt den Schaden?

Den größten Schaden trägt erst einmal das Amt, wofür Kanzlerin Merkel verantwortlich ist. Sie hat durch ihr Beharren auf Wulff, aus Mangel an Alternativen und um einen möglichen Koalitionsstreit zu vermeiden, nicht rechtzeitig gehandelt. Aber natürlich wurde auch das Vertrauen in Staat und Demokratie weiter untergraben. www.linksfraktion.de

Den größten Schaden trägt erst einmal das Amt, wofür Kanzlerin Merkel verantwortlich ist. Sie hat durch ihr Beharren auf Wulff, aus Mangel an Alternativen und um einen möglichen Koalitionsstreit zu vermeiden, nicht rechtzeitig gehandelt. Aber natürlich wurde auch das Vertrauen in Staat und Demokratie weiter untergraben. www.linksfraktion.de

Beate Klarsfeld ist auch in Baden-Württemberg nicht unbekannt: Sie trat 1969 im Wahlkreis Waldshut als Direktkandidatin der Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) gegen den damaligen Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger an.



Foto: Frank Schwarz, www.die-linke.de

und Menschen herabsetzt. Eine solche Person ist für DIE LINKE als Bundespräsident nicht wählbar.

Warum gibt es jetzt mehr kritische Stimmen zu Gauck als bei der letzten Wahl des Bundespräsidenten?

Offenkundig nehmen immer mehr Journalisten wahr, dass er nicht der Demokratiekämpfer in der ehemaligen DDR war, als den er sich selber gerne darstellt. So trat er dem Forum erst im Oktober 1989 bei und ist vorher in der Bewegung nicht wahrgenommen worden. Warum beantwortet er keine Fragen von Opferverbänden des Kommunismus, die dies seit Jahrzehnten monieren? Auch der Umgang seiner Behörde mit der offenen Herausgabe von Akten des Ministeriums für Staatssicherheit

Michael Schlecht, MdB

Noch mehr Rettungsringe aus Blei

Ich stimme gemeinsam mit der ganzen Fraktion DIE LINKE mit Nein!

Die vermeintliche Hilfe ist mit den schärfsten Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen verbunden. Diese sind nicht nur unsozial, sondern Griechenland wird noch weiter in die Krise gestürzt. Die „Hilfe“ ist wie ein weiterer Rettungsring aus Blei!

Merkel erzwang im Mai 2010 mit dem ersten „Rettungspaket“ Kürzungsauflagen in Höhe von 35 Milliarden Euro. Dies waren 15 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung. Daraufhin sackte die Wirtschaft des Landes ab; in den letzten beiden Jahren um rund zehn Prozent. Dass Griechenland so nicht auf die Beine kommt, ist offensichtlich. Die Schulden steigen statt zu sinken und die Risiken für die Steuerzahler wachsen.

Für Merkel und ihre Regierung sind diese katastrophalen Folgen jedoch kein Grund zum Umdenken. Sie ist vernagelt mit ihrer Logik „der schwäbischen Hausfrau“. Wenn ein bisschen Arsen nicht hilft, dann muss die Dosis eben verdoppelt werden. So treibt sie Griechenland und Europa immer tiefer ins Chaos.

Die griechischen Kolleginnen und Kollegen, die heute auf den Mindestlohn von 4,38 Euro angewiesen sind, müssen in Zukunft mit einem Euro weniger auskommen. Arbeitslosen, die ohnehin nur längstens ein Jahr Arbeitslosengeld beziehen, wird dies um 30 Prozent auf 322 Euro herunter gekürzt. 150.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst sollen entlassen werden. Alles weil Merkel es so will! Und viele weitere soziale Grausamkeiten.

DIE LINKE will einen sofortigen Stopp der Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen sowie der Massenentlassungen. Griechenland braucht vielmehr Aufbauhilfen, so wie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg Hilfen durch den Marshallplan erhielt.

Der sogenannte freiwillige Schuldenschnitt von 53,5 Prozent ist zu gering. In vergleichbaren Fällen lag dieser höher, bei 70 bis 80 Prozent. Mit der „Freiwilligkeit“ und der Zurückhaltung bei der Umschuldung will man den offiziellen Zahlungsausfall verhindern, der bei den Finanzzockern zu Panik und schweren Folgen in anderen krisenhaften Staaten führen würde. Diese Rücksichtnahme wäre überflüssig, wenn man die Staatsfi-



nanzierung vom Diktat der Finanzmärkte befreit. Deshalb will DIE LINKE, dass die Finanzierung der Staaten direkt durch die EZB mit ihren günstigen Zinssätzen erfolgt, vermittelt über eine öffentliche Bank.

Eine grundlegende Lösung der Eurokrise, damit auch der Lage in Griechenland wird nur möglich, wenn das deutsche Lohndumping beendet wird. Es hat Exporte befördert und Importe nach Deutschland ausgebremst. So kam es seit 2000 zu einem Exportüberschuss von 1,4 Billionen Euro. Die Kehrseite davon ist die Verschuldung der anderen Länder, vor allem in der Euro-Zone. DIE LINKE will die Binnenwirtschaft stärken und so einen ausgeglichenen Außenhandel erreichen.

Die Menschen in Griechenland, aber auch in Portugal, Spanien und Italien wehren sich gegen die ihnen aufgezwungene, unsoziale Politik. Ihnen gehört unsere Solidarität. In Deutschland ist der Widerstand gegen die Merkelsche Politik gering. Umso bedeutsamer ist ein möglichst erfolgreicher Ausgang der Tarifrunden in diesem Frühjahr. Hohe Lohnabschlüsse sind nicht nur für die Menschen hierzulande wichtig, sie sind auch ein Beitrag zur Bekämpfung der Krise in Europa!

Weitere Informationen unter www.michael-schlecht-mdb.de

Heike Hänsel (MdB) am 27.2.2012 im Deutschen Bundestag:

Wir sind alle Griechen – Nein zum Griechenland-II-Rettungspaket

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Mir ist es wichtig, heute diese persönliche Erklärung abzugeben, weil ich nicht in einen Topf mit der Bild-Zeitung geworfen werden möchte, die ständig gegen die griechische Bevölkerung hetzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe heute gegen das Griechenland-II-Paket gestimmt, weil dieses Paket ein Angriff nicht nur auf den griechischen Sozialstaat, sondern auch auf die Demokratie in Griechenland ist. Als der ehemalige Ministerpräsident Papan-



dreou letztes Jahr versucht hat, eine Volksabstimmung über die Kürzungsaufgaben zu organisieren, musste er zurücktreten. Sarkozy und Merkel haben angedroht, nicht zu zahlen, und es wurde ein sogenannter Experte als Ministerpräsident eingesetzt. Bei den jetzt anstehenden Neuwahlen in Griechenland müssen sich alle großen Parteien verpflichten, nach der Wahl das schon beschlossene Kürzungsprogramm umzusetzen. Im Grunde hat die griechische Bevölkerung also gar keine Wahl. Sie kann nur eine Regierung wählen, die das Sozialabbauprogramm auf alle Fälle umsetzen wird. Das ist völlig undemokratisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe heute auch gegen das Griechenland-II-Paket gestimmt, weil ich nicht dazu beitragen will, dass die Demokratie in Griechenland, die Wiege der Demokratie, auf diese Weise beschädigt wird. Griechenland wurde 1981 in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen, um die Demokratie nach der Überwindung der Militärdiktatur zu schützen. Mittlerweile ist die EU selbst zur größten Gefahr für die Demokratie in Griechenland geworden. Das muss ein Ende haben.

(Beifall bei der LINKEN – Thomas Oppermann (SPD): Was Sie sagen, ist grober Unfug! Sie reden Unfug!)

Die griechische Bevölkerung verarmt vor unseren Augen von Monat zu Monat mehr, und das sollte uns alle beschämen. Genau deshalb lehne ich dieses sogenannte Rettungspaket ab.

Die Menschen in Griechenland, aber auch in Portugal, Spanien und Italien wehren sich gegen diese aufgezwungene, unsoziale Politik. Ihnen gehört deshalb unsere Solidarität. Ich habe großen Respekt vor den Menschen, die dort auf die Straße gehen, zum Beispiel auch der international bekannte Komponist Mikis Theodorakis, der sich noch mit über 86 Jahren auf den Syntagma-Platz setzt, um für die Demokratie zu demonstrieren, für die er während der Diktatur in Griechenland eingestanden ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Am 15. Mai dieses Jahres werden viele Menschen in vielen europäischen Ländern mit einer großen Demonstration zeitgleich gegen diese Politik demonstrieren. Die Linke wird sich daran beteiligen. Wir sind solidarisch mit den Menschen, die diese neoliberale Politik jetzt zu spüren bekommen.

(Jörg van Essen (FDP): Die drei Minuten sind um!)

„Wir sind alle Griechen“, lautet der Slogan. Imaste oli Ellines!

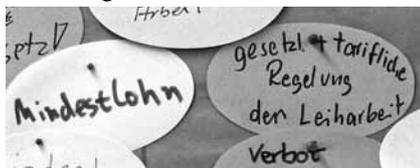
(Beifall bei der LINKEN)



Workshop „Eurokrise und prekäre Beschäftigung“

Am 19. Februar fand im Stuttgarter Clara-Zetkin-Waldheim ein Workshop der Projektgruppe „Eurokrise und prekäre Beschäftigung“ statt. 25 Genossinnen und Genossen aus verschiedenen Ecken Baden-Württembergs haben sich über die ersten praktischen Schritte der Kampagne verständigt. Eingeleitet wurde das Treffen durch einen kurzen Vortrag von Bernd Riechinger über die aktuelle Situation in Griechenland, Europa und auf dem inländischen Arbeitsmarkt. Denn trotz immer noch guter Konjunktur in Deutschland und irreführenden Zurechnungen aus dem Bundesarbeits- bzw. Wirtschaftsministerium, die Zahl der Arbeitnehmer sei so hoch wie vor zwanzig Jahren, wird unterschlagen, dass vor allem Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor, Leiharbeit, 400-Euro-Jobs oder der Scheinselbständigkeit zugenommen haben.

Die große Herausforderung der Kampagne ist es, die beiden Themenblöcke „Europäische Wirtschaftskrise“ und „prekäre Beschäftigung“ kreativ und verständlich in einen gemeinsamen Zusammenhang zu bringen. Dabei war es die Aufgabe des Workshops, kurze und prägnante Forderungen zu formulieren, welche im Rahmen der Kampagne auf Plakaten/Flyern/Karten stehen sollten. Hier die Vorschläge:



- Millionäre besteuern – statt Milliarden für die Banken!
- Armutslöhne stoppen! Gute Löhne und volle Stellen statt Minijobs und Leiharbeit.
- Kein Kürzungsdiktat für Europa – Reichtum umverteilen
- Statt Hartz IV und Befristungen – gute Arbeitsverhältnisse

Als Nächstes wurde über den Slogan der Kampagne beraten. Ausgewählt wurde: „Gute Löhne, gute Arbeit und Solidarität statt Kürzungsdiktat!“

Im Weiteren haben die Teilnehmer in Gruppen verschiedene praktische Vorschläge für Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne diskutiert. Abschließend sind ein vorläufiger zeitlicher Rahmen sowie erste Aufgaben und Zuständigkeiten festgelegt worden. Geplant ist, dass die Kampagne ab April 2012 mit mehreren regionalen Kick-Off-Veranstaltungen startet.

Julia Kohlmann



MdB Richard Pitterle : Europäische Linke gegen die Krise

Euro-Krise: Verursacher zur Kasse!

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion soll zu einer Fiskalunion ausgebaut werden, die unter anderem eine Schuldenbremse sowie automatische Sanktionen für „Haushaltssünder“ vorsieht. Diesem Fiskalpakt wurde nun in Paris eine Zwölf-Punkte-Erklärung der französischen und deutschen Linksfraktion entgegengestellt.

Beim Pressegespräch am 28.2. waren neben den französischen und deutschen Vertretern auch griechische und portugiesische Linke anwesend.

Die Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko, Thomas Nord und Richard Pitterle berieten mit Abgeordneten der Linksfraktion der französischen Nationalversammlung und des Europaparlaments den Fiskalvertrag.

Auf einer Pressekonferenz stellten sie zusammen mit Pierre Laurent, Generalsekretär der Parti Communiste Français und Chef der Europäischen Linken, Alexis Tsipras, Vizevorsitzender der griechischen Synaspismos-Partei, und Jean-Pierre Brard, Abgeordneter in der

französischen Nationalversammlung, sowie weiteren Abgeordneten aus Europa eine gemeinsame Initiative vor.

Pierre Laurent forderte eine soziale Neugestaltung der europäischen Verträge: „Diese sind im Interesse der Banken, nicht im Interesse der Bevölkerung. Ich warne vor dem Wiederaufstehen nationalchauvinistischer Auswüchse.“

Pitterle betonte die Notwendigkeit, die Banken an die Kette zu legen. Ferner enthält der Plan die Schaffung einer öffentlichen Bank, über die sich die Staaten finanzieren können. „Das hebt die Privatbanken und die Ratingagenturen mit einem Schlag aus.“

Der Vorsitzende der griechischen linkssozialistischen Partei „Syriza“, Alexis Tsipras, forderte ein „Ende des Weltkriegs zwischen Finanzkapital und den Beschäftigten“. Und der französische Abgeordnete Jean-Pierre Brard prangerte das deutsch-französische „Merkel-Sarkozy Tête-à-tête“ an: „Dem ist eine Niederlage zu bereiten: Marx statt Bismarck!“

Vorbereitungskreis der internationalen Aktionskonferenz gegen die Verarmungspolitik der Troika

Bewegungen planen europäische Massenproteste gegen Verarmungspolitik

400 Aktivistinnen und Aktivisten aus mehreren europäischen Ländern haben sich am Wochenende bei einer internationalen Aktionskonferenz in Frankfurt am Main auf einen gemeinsamen Fahrplan für Proteste gegen die europaweite Kürzungspolitik verständigt.

Als Schwerpunkt der Proteste einigten sie sich auf internationale Aktionstage vom 17. bis 19. Mai in Frankfurt. Geplant sind Besetzungen der zentralen Anlagen und Plätze in Frankfurt, massenhafte Blockaden der EZB und anderer Banken am 18. Mai sowie eine große

europäische Demonstration am 19. Mai.

Der Widerstand richtet sich vor allem gegen die maßgeblich von der Bundesregierung vorangetriebenen Sparpakete, die die Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds IWF Griechenland und anderen Ländern diktiert.

„Die große Beteiligung bei der Aktionskonferenz zeigt: Die Dynamik ist da, der Widerstand gegen die europaweite Verarmungspolitik wächst auch in Deutschland. Gemeinsam werden wir im Mai in Frankfurt ein unüberseh-

bares Zeichen der Solidarität mit den europaweiten Krisenprotesten setzen“, erklärte die Vorbereitungsgruppe der Aktionskonferenz. „Mit massenhaften und entschiedenen Aktionen werden wir den Protest international gebündelt an den Sitz der EZB tragen.“

Christoph Kleine von der Interventionistischen Linken: „Am Morgen des 18. Mai werden Tausende Aktivistinnen und Aktivisten das Bankenviertel in Frankfurt blockieren. Kein Bankangestellter der Banken wird seinen Arbeitsplatz erreichen.“

Alexis Passadakis von Attac: „Der Fiskalpakt und der so genannte Rettungsschirm ESM sind zentrale Elementen-

te, die die autoritäre Umgestaltung Europas – sprich: die Verarmungspolitik und den Demokratieabbau – durchsetzen. Die Bundesregierung ist ein treibender Motor dieses Prozesses. Wir werden den europäischen Widerstand gegen diese Politik hier in Deutschland sichtbar machen.“

Martin Behrsing, Erwerbslosenforum Deutschlands: „Der Sozialkahl-schlag der Troika ist der Export von Hartz IV mit wesentlich brutaleren Mitteln. Dagegen müssen auch Erwerbslose ein Zeichen der Solidarität setzen.“

Thomas von Occupy Frankfurt: „Mir ist wichtig, dass europaweit möglichst viele Menschen ein deutliches Zeichen

der Empörung setzen, in dem sie die Aktionen in Frankfurt zentral und dezentral unterstützen.“

Paola Rudan, Aktivistin von Precarious (Dis)Connection in Bologna: „Die sozialen Bewegungen in Italien verfolgen mit Spannung, was hier in Frankfurt passiert. Unsere Kämpfe gegen Prekarität dürfen nicht nur national geführt werden, wir befinden uns in einem globalen Prozess. Die Demo und Blockade der EZB ist politisch wichtig für uns, weil wir die Verbindung zwischen der Finanzkrise und den Angriffen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Europa zeigen müssen.“

<http://www.european-resistance.org/>

Gastbeitrag von Annelie Buntenbach (Deutscher Gewerkschaftsbund) zu zehn Jahre Hartz-Gesetze:

Jeder Fünfte muss heute zu Niedriglöhnen arbeiten

„Fordern und fördern“ war vor zehn Jahren die Leitmaxime von Gerhard Schröder. Erwerbslose sollten mehr Bereitschaft zeigen, auch schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Im Gegenzug wurde eine bessere Betreuung und schnellere Vermittlung in Arbeit versprochen. Begründet wurde die Reform mit angeblich ausufernden Kosten für die Arbeitslosenunterstützung und der dürftigen Vermittlungsleistung der Arbeitsämter.

In wieweit haben die Hartz-Gesetze erreicht, was sich die Bundesregierung davon versprochen hatte?

Annelie Buntenbach: Die Hartz-Gesetze haben den Arbeitsmarkt in Bewegung gebracht, allerdings ohne ihn nach vorn zu bringen. Durch Deregulierung und Subventionierung prekärer Beschäftigung wurde der Niedriglohnsektor deutlich vergrößert – auf Kosten

regulärer Jobs. Jede/r Fünfte muss heute zu Niedriglöhnen arbeiten. Erwerbslose müssen aufgrund des hohen Drucks fast jede Arbeit annehmen – werden aber oft schnell wieder arbeitslos. Gefördert werden der Niedriglohnsektor und die Rotation am Arbeitsmarkt, nicht die nachhaltige Integration.

Auch die Betreuung der Erwerbslosen hat sich insgesamt nicht verbessert. Mit dem Hartz IV-System mit seiner zunehmenden Kommunalisierung ist eine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Erwerbslosen entstanden. Der Schutz der Arbeitslosenversicherung wurde ausgehöhlt.

Der Staat muss inzwischen über 11 Mrd. Euro an Hartz IV-Leistungen für sog. Aufstocker leisten, deren Lohn nicht zum Leben ausreicht. Das sind fast ein Drittel aller ALG II-Aufwendungen. Mindestlöhne sind deshalb auch aus fiskalischer Sicht das Gebot der Stunde,

um Armutslöhne zu vermeiden und die Steuersubventionierung von Dumpinglöhnen zu beenden.

Aber seit der Einführung von Hartz IV ist die Arbeitslosenzahl insgesamt gesunken. Gibt es doch positive Seiten der Reform?

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist erfreulich, jedoch im Wesentlichen auf konjunkturelle und auch demografische Effekte zurückzuführen. Die oft erhobene Behauptung, der Abbau der Arbeitslosigkeit sei ein Ergebnis der Hartz-Reformen, ist sachlich nicht zu halten.

Hartz IV hat also einen Großteil der angestrebten Ziele verfehlt und bedarf an einigen Stellen dringend einer Reform. Ungeachtet dieser Umstände gibt es derzeit Überlegungen, das deutsche Modell für andere europäische Länder, etwa Frankreich, zu adaptieren. Wird Hartz IV zum europäischen Trend?

Die Hartz-Gesetze zum europäischen Trend zu machen ist grundverkehrt. Das würde die Abwärtsspirale von Lohn- und Sozialleistungskürzungen nur weiter nach unten drehen. Der wirtschaftliche Erfolg des Exportlandes Deutschland hat eine bedrückende Schattenseite: Der Niedriglohnsektor ist riesig aufgebläht, der größte Europas – inzwischen sind 22 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dorthin abgedrängt. Schon deshalb ist der Existenzsichernde gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro so dringend nötig wie auch klare gesetzliche Regeln zur Unterbindung von Lohn- und Sozialdumping, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Niedriglohnstrategie sollte dagegen keinesfalls kopiert werden. Denn das würde alle nur weiter nach unten ziehen.

Annelie Buntenbach ist Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB und Beirat von Attac



6,5 Prozent Verdi-Forderung: Jetzt durchsetzen!

(von Michael Schlecht, MdB und gewerkschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion)

Ver.di geht gemeinsam mit der IG Metall in die Tarifrunde: Beide Gewerkschaften fordern 6,5 Prozent, jetzt muss dies auch durchgesetzt werden. Dies gilt vor allem auch für den Sockel von mindestens 200 Euro. Eine wichtige Forderung. Denn gerade für die Beschäftigten mit geringen Löhnen muss ordentlich etwas draufgelegt werden. Genau wie in der Metallbranche besteht ein deutlicher Nachholbedarf bei den Löhnen. Deshalb hätte die Forderung auch durchaus höher sein können. Entscheidend ist jedoch die Durchsetzung. Ohne eine massive Bewegung bei den Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst, ohne Streiks geht es nicht.

Und es muss Klarheit geschaffen werden: Die Finanzprobleme der öffentlichen Kassen, die hohe Staatsverschuldung ist nicht entstanden, weil die Löhne in der Vergangenheit zu hoch waren.

Tarifrunde Metall – ein Ende der Bescheidenheit ist angesagt! Die LINKE an der Seite der IG Metall

von Gertrud Moll, Landessprecherin der AG Betrieb & Gewerkschaft, Betriebsrätin Bosch Feuerbach

Die IG Metall hat nach Diskussionen in den Betrieben ihre Tarifforderung für den Metall- und Elektrobereich mit 3,6 Millionen Beschäftigten aufgestellt. Der Vorstand empfiehlt eine Forderung von bis zu 6,5% bei 12 Monaten Laufzeit für die Zeit ab 1.4.2012. Daneben will die IG Metall die unbefristete Übernahme von Auszubildenden nach der Ausbildung zur Regel machen. Weiter geht es um „faire Bedingungen in der Leiharbeit“: Betriebsräte sollen darüber mitreden, ob, wo, wie lange und in welchem Umfang Leihbeschäftigte eingesetzt werden.

Die Forderung von 6,5% wird auch mit dem Nachholbedarf aus dem Jahr 2011 begründet, einem Jahr mit hohen Gewinnen und geringen Entgelterhöhungen. Die Forderung ist völlig gerechtfertigt, es hätten ruhig auch volle 6,5% und nicht nur „bis zu 6,5%“ sein dürfen, besonders wenn man auf die Betriebe schaut, die üblicherweise in den Arbeitskampf geführt werden – insbesondere den Automobilbereich und dort die Hochpreis-Autohersteller. Beim Vergleich mit den Forderungen von Verdi fällt auf, dass Verdi eine Strukturforderung zugunsten der unteren Entgeltgruppen gestellt hat, nicht aber die IG

Die Verschuldung ist vor allem Resultat der Bankenrettung und von Steuergeschenken an Reiche und Vermögende seit 2000. Hätten wir heute noch die Steuergesetze aus der Zeit Helmut Kohls, würden jährlich 50 Milliarden mehr in die öffentlichen Kassen fließen. Dann wären auch Lohnabschlüsse von zehn Prozent kein Problem. In der Tarifrunde muss auch Druck gemacht werden, damit Reiche und Vermögende durch Millionärsteuer, höhere Spitzensteuersätze in der Einkommenssteuer und weiteres wieder deutlich zur Kasse gebeten werden.

Metall – in fast allen Veröffentlichungen wird verschwiegen, dass das Thema an der Basis durchaus diskutiert, aber von der Führung abgelehnt wurde. Auf jeden Fall ist es dringend notwendig, dass die Kaufkraft in Deutschland wieder gestärkt und die Abhängigkeit von Exporten verringert wird!

Zu begrüßen ist die Forderung nach der unbefristeten Übernahme der Auszubildenden. Anders als früher hat die Befristung ihrer Übernahme in den letzten Jahren stark um sich gegriffen. Auch die Forderungen zur Leiharbeit sind voll zu unterstützen. Mit erfreulicher Klarheit stellt die IG Metall in ihrem Infoservice fest: „Die IG Metall müsste nicht so hart mit Leiharbeitnehmern für sie kämpfen, wenn die Politik nicht jahrzehntelang schlecht bezahlte Leiharbeit und Heuern und Feuern tatkräftig gefördert hätte. Seit es die Hartz-Gesetze gibt, bestehen für Arbeitgeber, die Leiharbeiter einsetzen wollen, kaum mehr Barrieren. (...) Ende 1980 gab es nur 33 000 Leihbeschäftigte. 30 Jahre später, Ende 2010, waren es schon fast eine Million. (...) Wenn die Politik lauter große Steinbrocken in den Weg rollt, kann auch die beste Tarifpolitik sie nicht alle wegräumen. Die Politik muss sie selber wieder entfernen. Die IG Metall fordert Gesetze, die festlegen, dass Leiharbeitnehmer vom ersten Tag an die gleiche Bezahlung wie die Stammbeschäftigten



erhalten. Außerdem soll die Einsatzzeit der Leihbeschäftigten in einem Betrieb wieder auf drei Monate beschränkt werden. Und drittens soll das Parlament wieder ein „Synchronisationsverbot“ beschließen.“ Damals haben für die Hartz-Gesetze auch eine Reihe hauptamtlicher Gewerkschafter mit SPD-Bundestagsmandat gestimmt, gegen die Beschlüsse ihrer Gewerkschaften.

Freilich fragen sich viele GewerkschafterInnen, warum DGB, IGM und Verdi erst vor zwei Jahren die Tarifverträge mit den Leiharbeitgebern verlängert haben. Nur diese Tarifverträge stehen heute nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz einer Gleichbezahlung von Leiharbeitnehmern im Weg, nachdem die „Christlichen“ Gewerkschaften nicht mehr als Gewerkschaften anerkannt sind. – Berücksichtigt werden muss auch die Lage der Beschäftigten mit Werkverträgen.

Nun laufen im März Verhandlungen und im April Aktionen an. Die Belegschaften haben oft einen tiefen Strukturwandel durchgemacht: immer mehr ArbeitnehmerInnen gehören zum Angestellten-, immer weniger zum Arbeiterbereich. Einen Klotz am Bein bildet wie schon im Jahr 1984 der frühere § 116 (heute 146) im SGBIII, der Beschäftigte, die von Fernwirkungen eines Arbeitskampfes betroffen werden, ohne Schutz durch Kurzarbeitergeld dastehen lässt. Die Schröder-Regierung wollte dieses Kohl-Gesetz eigentlich korrigieren, hat es aber „vergessen“.

Arbeitsplätze bei Schlecker erhalten! 12 000 Beschäftigte nicht im Regen stehen lassen...

Wir unterstützen die Beschäftigten von Schlecker. Über 30.000 Arbeitsplätze, überwiegend von Frauen, stehen auf dem Spiel. Die Frauen bei Schlecker haben in den letzten Jahren tapfer gekämpft und viel erreicht. Dazu gehören die tarifliche Bezahlung und die Bildung von Betriebsräten. Die Bezahlung der Beschäftigten ist heute bei Schlecker besser als bei manchem Mitbewerber. Aber die Beschäftigten sind nicht schuld an der finanziellen Misere. Im Gegenteil: Sie schmeißen die Filialen. Auf diese Erfahrung und den Sachverstand der Beschäftigten muss das Unternehmen jetzt bauen. Die Arbeitsplätze bei Schlecker müssen erhalten bleiben! Eine weitere Filialschließungswelle darf es nicht geben! Schlecker muss auch als wichtiger Nahversorger erhalten bleiben! DIE LINKE bringt am 8. März in den Bundestag einen Antrag für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Schlecker ein. Auch die Politik muss in die Verantwortung genommen werden. Würde es um 30.000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie gehen, würden sich die Politiker aller etablierten Parteien die Klinke in die Hände drücken. Unterstützen Sie als Kunde/Kundin die Beschäftigten bei Schlecker, wenn sie zum Beispiel am 8. März um ihre Arbeitsplätze kämpfen.

(aus einem Flugblatt des Landesverbandes für die Verteilung vor Schlecker-Filialen)

Dankeschön für Solidarität mit Busfahrern

An mehreren Orten solidarisierten sich linke Kreisverbände öffentlich mit dem Tarifkampf der Busfahrerinnen und Busfahrer. Hier der Auszug eines Schreibens, das wir im Landesbüro von einem Kollegen erhielten: „Sehr geehrte Genossen der Partei Die Linke, vielen Dank für die Unterstützung und den Beifall für den Streik der Busfahrer. Es ist leider so, dass unsere verantwortungsvolle Aufgabe nur wenig gewürdigt wird. Die Tarifabschlüsse werden z.B. regelmäßig durch Leistungskürzungen der Zulagen oder Lohnkürzung auf Grund von Krankentagen egalisiert... Es ist daher eine schöne Sache, zu wissen, dass es mit der Partei Die Linke, die seit Ihrem Bestehen auch auf meine Stimme zählen kann, als einzige verlässlicher Kraft, die Interessen der Arbeitnehmer wahrnimmt. Wir bedanken uns herzlich für diese Unterstützung und wünschen auch weiterhin alles Gute.“

Frauenarmut hat System

Linke Frauenpolitik macht mobil gegen prekäre Beschäftigung

Es geht uns gut in Baden Württemberg – das vermeldet die Mainstream-Presse regelmäßig. Bei genauerem Hinsehen bietet sich aber ein ganz anderes Bild. Die Armutsgefährdungsquote im Land lag im Jahr 2010 bei 11% (Statistisches Landesamt). Ein Blick auf die reale Armutsquote zeigt, dass Frauen mit einem Anteil von 21% hiervon deutlich stärker betroffen sind als Männer (16%). Alleinerziehende sind einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt – die Quote liegt bei 44%, und Alleinerziehende sind in erster Linie Frauen. Der Anteil der atypischen Beschäftigungsverhältnisse ist in den letzten Jahren besonders in Baden-Württemberg, einem der reichsten Bundesländer, dramatisch gestiegen. So arbeiteten 2010 knapp 25% aller abhängig Beschäftigten in prekären Jobs, davon waren 78% Frauen.

Nehmen wir als Beispiel den Einzelhandel, eine typische Branche mit einem hohen Anteil an prekären Jobs, die fast ausschließlich von Frauen ausgeübt werden. Die jüngsten Vorgänge bei der Drogeriemarktkette Schlecker zeigen die realen Auswirkungen der herrschenden Verhältnisse: wenn ein solches Unternehmen Insolvenz anmeldet, sind es vor allem Frauen, die ihren Job verlieren. Schlecker ist ein Musterbeispiel für das Versagen des Kapitalismus – hemmungslose Profitsteigerung zum Schaden der Beschäftigten. Jahrzehntlang hat die Unternehmerfamilie privaten Gewinn absolut und einseitig über die Moral gestellt. Schlecker ist aber nur einer unter vielen: gerade der Einzelhandel saniert und bereichert sich auf dem Rücken der dort beschäftigten Frauen und letztlich auf dem Rücken der Gesellschaft, denn solche Konstrukte verbrauchen Staatsgelder. So werden z. B. Leiharbeiterinnen nur für eine geringe Stundenzahl und zu Dumpinglöhnen eingesetzt, ihr Lohn muss staatlich aufgestockt werden.

Ob sie nun im Einzelhandel arbeiten

oder in einer anderen Branche – Frauen im Niedriglohnsektor befinden sich in einem Teufelskreis. Sie verdienen zu wenig, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, sie leben in ständiger Unsicherheit, sie können ihre Zukunft nicht planen – und sind umso mehr auf den Job angewiesen. Hinzu kommt, dass besondere Lebenssituationen oft nicht aufgefangen werden können. Trennung, Scheidung oder Krankheit verschärfen die Situation armutsgefährdeter Frauen zusätzlich, und eine Unterbrechung der Erwerbsbiografie wegen Kinderbetreuung oder der Pflege Angehöriger verringert die Rentenanwartschaft, sodass Altersarmut droht.

Die sogenannte Frauenpolitik von Frau Merkel und Frau Schröder geht komplett an dieser Realität vorbei. Was hat „Gleichberechtigung“ in den Vorstandsetagen mit den realen Nöten von Millionen Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten in prekären Arbeitsverhältnissen zu tun? Es ist auch vollkommen gleichgültig, ob ein weiblicher oder ein männlicher Kanzler dafür sorgt, dass Millionen Frauen weiter in Armut leben müssen. Wir, DIE LINKE, stehen für eine Frauenpolitik, deren Wurzeln in der proletarischen Frauenbewegung des zwanzigsten Jahrhunderts liegen. Schon vor hundert Jahren hat Clara Zetkin auf die wahren Ursachen der Frauenunterdrückung hingewiesen: „Eine Emanzipation der Frau wird es niemals geben, solange es keinen gleichberechtigten Zugang der Geschlechter zum Erwerbsleben in jeglicher Hinsicht gibt.“ Deshalb wendet sich DIE LINKE gegen eine Politik,

- die Frauen an den Rand der Gesellschaft drängt und der Möglichkeit beraubt, sowohl für ihre Kinder als auch für sich selbst zu sorgen;

- die alle geringfügig beschäftigten Frauen dazu zwingt, in unsicheren Verhältnissen zu arbeiten und sich ihren Lohn aufstocken zu lassen;

- die den Verlust sozialer und ökonomischer Unabhängigkeit in Kauf nimmt und stattdessen drohende Altersarmut,

Isolation und schlechte Gesundheitsversorgung zulässt.

Bei der LINKEN setzen sich Frauen und Männer gemeinsam für eine Politik ein, die Frauen gleichberechtigt in den Arbeitsmarkt integriert, um ihnen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

Marta Aparicio/Susanne Weiss, Landesarbeitsgemeinschaft Frauen in Baden Württemberg



Ohne Frauen ist keine Partei zu machen ...

Bundesrat Linke Frauen gegründet

Mehr als 50 Frauen aus 13 Landesverbänden trafen sich am 25. Februar in Hannover und gründeten fast einstimmig (eine Enthaltung) den Bundesrat LINKE FRAUEN.



Auf dem Erfurter Parteitag fand der Antrag, eine verbindliche Frauenstruktur in der Satzung zu verankern, der auch von unserem Landesverband unterstützt wurde, zwar eine deutliche, aber nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Jetzt haben sich die Frauen „selbst ermächtigt“. Aus Baden-Württemberg waren Sylvia Ofori, Biggi Ostmeier, Heidi Scharf und Sybille Stamm dabei.

Aufbruchstimmung, spannender Informationsaustausch und eine positive Erwartungshaltung, was alles gehen könnte..., kennzeichneten die Gründungskonferenz. Wir Frauen wollen in der Gesellschaft und in der Partei etwas bewegen, und als Grundlage dafür brauchen wir verbindliche und verlässliche Strukturen. Es geht um Inhalte, um Aktionen, um Kampagnen z.B. gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse, gegen Altersarmut von Frauen, für ein neues Zeitregime, eine Umverteilung der Arbeit und damit natürlich auch um den Kampf für Arbeitszeitverkürzung.

Gemäß unseres Anspruchs, Politik von unten zu machen, beginnen wir mit einer bundesweiten Befragung aller Genossinnen, was sie in und von der Linken wollen, welche Politikvorstellungen sie mit ihrer Mitgliedschaft in der LINKEN verknüpfen, was sie von der Partei erwarten und welche Themen wir auf die Tagesordnung setzen sollten. Das ist ein schwieriger, aber lohnender Prozess. Wir sind überzeugt, dass sich daraus Vorschläge für politische Inhalte, Kampagnen, aber auch für anziehende Beteiligungsformen in unserer Partei selbst entwickeln. Es war ein positiver Beginn in Hannover und wir Baden-WürttembergerInnen wissen ja mit Hermann Hesse „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne...“

Sybille Stamm, Landessprecherin der LINKEN

Mitglieder halten – Mitglieder gewinnen

Unter diesem Motto lud die AG Mitgliederkampagne des Landesvorstandes am 4. Februar zu einem Workshop nach Stuttgart ein. Es kamen viele aktive Mitglieder aus den Kreisverbänden und VertreterInnen des Jugendverbandes [solid]. Der Saal war voll, das Interesse groß, sich über alles, was Mitglieder betrifft auszutauschen und Ideen für eine Mitmachpartei zu sammeln.

Die Mitgliederentwicklung der Partei stagniert. Im ersten Teil des Workshops wurde ausführlich der Stand der Dinge dargestellt, gefolgt von einer sorgfältigen Analyse der Ursachen der anhaltenden Stagnation. Diese sind vielschichtig. Sie reichen von unglücklichen Ereignissen in der Bundespartei bis zu Spannungen in den Kreisvorständen. Um all dem entgegenzuwirken, ist die Arbeit vor Ort das bestimmende Element. Vor Ort spielt die Musik – das was das verborgene Motto der Diskussionen und führte zu folgenden Fragen:

- Wer sind unsere Mitglieder?
- Was erwarten unsere Mitglieder?
- Welche Strukturen sind vor Ort vorhanden, um den Mitgliedern Möglichkeiten zur Diskussion, Gestaltung und Aktion gemäß ihren Bedürfnissen zu gewährleisten und einen Drehtüreffekt bei Ein- und Austritten zu verhindern?
- Wie können wir neue Mitglieder gewinnen?

Im zweiten Teil des Treffens wurde in vier Gruppen gearbeitet. Hier wurden die Fragen besprochen und Ideen formuliert, um unsere Mitglieder anzusprechen und Strukturen zu schaffen, in denen wir alle solidarisch miteinander arbeiten können.

Konkrete grundsätzliche Maßnah-

men in den Kreisverbänden sind:

- bei den Kreisvorstandssitzungen die Ein- und Austritte zu thematisieren
- regelmäßige Mitglieder – offene Kreisvorstandssitzungen
- regelmäßige öffentliche Mitgliederversammlungen mit interessanten Themen
- ein(e) MitgliederverwalterIn mit guten sozialen Kompetenzen, um mit den Mitgliedern Kontakt aufzunehmen und sie einzubinden
- je nach Möglichkeiten passende Strukturen schaffen: Ortsverbände, Arbeitsgruppen usw.

Ganz klar war, dass es keine Patentlösung für alle Kreisverbände gibt und jeder Kreis aufgrund einer örtlichen Analyse ein maßgeschneidertes Arbeitsprogramm entwickeln muss. Dazu bedarf es der permanenten Auseinandersetzung mit der Thematik vor Ort. Auch die AG Mitgliederkampagne des Landesvorstandes wird weiter daran arbeiten und Maßnahmen entwickeln, aber die Initiative vor Ort ist und bleibt das Ausschlaggebende.

Das Ziel aller TeilnehmerInnen war und ist eine Mitmachpartei, in der es Spaß macht, dabei zu sein.

Am Ende des Tages stand eine positive Aufbruchstimmung und es wurde klar, dass wir alle brauchen, um gemeinsam den Kampf für eine gerechtere Gesellschaft erfolgreich aufnehmen zu können.

Barbara Hoffmann & André Hettrich für die AG Mitgliederkampagne des Landesvorstandes

„Erst waren wir einer und dann zwei.
Dann warst noch du und du dabei.
Dann waren wir viele, viele, viele.
In unserer schönen Linkspartei.“

Klar – Clara – Lotta – und noch viel mehr ...

Publikationen im Versandportal der Bundestagsfraktion bestellen.

Unter der Internetadresse <http://versand.linksfraktion.net> gibt es jetzt (Achtung: NEU!) einen personalisierten Zugang. Somit ist es nun für alle möglich, sich dort Materialien zu bestellen. Kleine Mengen für den Infostand (wenn 's mal pressiert) kann man sich auch in den Regional- und Abgeordnetenbüros abholen, wo in der Regel eine gute Auswahl vorrätig gehalten wird.

Und das da ist ein Auszug aus dem aktuellen Angebot (neben Klar, clara und Lotta), das natürlich noch viel reichhaltiger ist:

6-seitige Folder DIN lang: • „Alles Extremismus?“ • Eurokrise • Drogenpolitik • „Mehr Demokratie wagen“ • Entwicklungspolitik • Afghanistan • Gesundheitspolitik • Hartz IV und vieles mehr.

Auch Broschüren und Reader sind empfehlenswert, wenn sich jemand ausführlich in ein Thema einarbeiten möchte. Themen: • Niedriglohn • Afghanistankrieg • Bundeswehr an Schulen • Leiharbeit • Kommunalpolitik u.v.m.

Am besten, persönlichen Zugang im Versandportal einrichten und selber stöbern.

„Bespitzelung der LINKEN schadet den Werten der parlamentarischen Demokratie“

Sybille Stamm, Landessprecherin der Linken, protestierte gegen die Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz:

„Die weitere Bespitzelung der Linken in Baden-Württemberg steht in der Tradition von Berufsverboten und untergräbt die Werte der parlamentarischen Demokratie. Wir fordern Ministerpräsident Kretschmann und Innenminister Gall auf, die geheimdienstliche Beobachtung der Linken in Baden-Württemberg einzustellen“, so Sybille Stamm, Landessprecherin der Linken und langjähriges Mitglied des Staatsgerichtshofes, des baden-württembergischen Verfassungsgerichtes.

Sybille Stamm weiter: „Es ist ein Skandal, dass Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sich in langen Berichten mit Selbstverständlichkeiten linker Politik beschäftigen müssen, so unserer

Beteiligung am Bündnis gegen Stuttgart 21 und an antifaschistischen Demonstrationen oder unsere Forderung nach einem politischen Streikrecht. Letztere ist durch Artikel 9 im Grundgesetz abgesichert und gilt seit Jahrzehnten als berechtigtes Anliegen von Gewerkschaften.“

Auch in den Kreisen regt sich Protest: „Unser politisches Wirken ist auch ohne Geheimdienst für alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Tübingen transparent“, begründet Bernhard Strasdeit, Fraktionsvorsitzender der Linken im Kreistag, seine Forderung, die geheimdienstliche Überwachung der Linken in Baden-Württemberg einzustellen.

In einem offenen Brief wandte sich die linke Kreistagsfraktion am Mittwoch an Landrat Walter und die Vorsitzenden der anderen Kreistagsfraktionen. Die geheimdienstliche Überwachung der

Linken „empfinden wir als undemokratische Beeinträchtigung der Arbeit von frei gewählten MandatsträgerInnen und als Angriff auf die kollegiale Zusammenarbeit im Kreistag“, heißt es dort. „Wir wehren uns dagegen, wenn Schlapphüte mit den unappetitlichen Mitteln eines Inlandgeheimdienstes unsere persönlichen Kontakte ausforschen, kommunalpolitisch interessierte Menschen abschrecken und uns in die Ecke von Verfassungsfeinden stellen“, so Strasdeit.

Die linke Fraktion fordert die Kolleginnen und Kollegen aller Parteien im Kreistag auf, in ihren Parteien und beim Regierungspräsidium darauf hinzuwirken, dass die Bespitzelung der Linken und ihrer kommunalen Mandatsträger in Baden-Württemberg beendet wird. Auch die Tübinger Landtagsabgeordneten Daniel Lede-Abal (Grüne) und Rita Haller-Haid (SPD) sowie die Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz (CDU) erhielten eine Abschrift des Briefes.

Keine Antwort von Gall

Im Namen des Landesvorstandes schrieben Bernd Riexinger, Sybille Stamm und Bernhard Strasdeit Mitte Januar an Innenminister Reinhold Gall (SPD) und baten um ein Gespräch in Sachen Verfassungsschutzbeobachtung der LINKEN.

„Wir sehen DIE LINKE als eine demokratische Partei, die ihre Ziele auf kommunaler Ebene, auf Landes-, Bundes- und Europaebene ausschließlich im Rahmen der Landesverfassung und des Grundgesetzes verfolgt“; hieß es in dem Schreiben. Bei zahlreichen Funktionsträgerinnen aus SPD und Grünen stieß unser Anliegen auf Verständnis und Unterstützung. Innenminister Gall reagierte jedoch bislang nicht auf unsere Bitte.

Anfang Februar forderten dann die sechs Bundestagsabgeordneten der LINKEN aus Baden-Württemberg in einem offenen Brief die Landesregierung auf, die Überwachung und Beobachtung unserer Partei unverzüglich zu beenden. Hier der Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, sehr geehrter Herr Innenminister Gall, wir, die Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE sind überaus befremdet und empört, dass die Überwachung und Bespitzelung der LINKEN durch den Verfassungsschutz des Landes auch unter der neuen Landesregierung fortgesetzt wird. Dies steht in krassem Gegensatz zu vielfältigen Positionierungen von grünen und sozialdemokratischen Spitzenpolitikerinnen und -politikern im Bund und in anderen Bundesländern. Erwähnen möchten wir hier nur die klare Ablehnung solcher Überwachungs- und Bespitzelungspraxis durch die parlamentarischen Geschäftsführer Thomas Oppermann und Volker Beck.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, sehr geehrter Herr Innenminister Gall, wollen Sie sich tatsächlich von solchen Positionen absetzen und eine Politik machen wie die CSU/FDP in Bayern?

In unserer Demokratie haben Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Aufgabe, die Arbeit der Behörden und der Exekutive zu kontrollieren – nicht umgekehrt. Eine kritische

Oppositionsarbeit mag unbequem sein, ist aber im Sinne unseres Grundgesetzes. Dies gilt auch für eine Opposition, die im Rahmen der einschlägigen Vorgaben des Grundgesetzes die Vergesellschaftung der Banken fordert. Dies gibt einer Regierung nicht das Recht, die Arbeit der Opposition und ihrer demokratisch legitimierten Abgeordneten durch Überwachung und Bespitzelung zu behindern.

DIE LINKE und die Bundestagsfraktion verteidigen das Grundgesetz in vielerlei Hinsicht gegen politische Angriffe. Gerade in der Gegenwart finden sich viele Beispiele wie die Demokratie in Europa gerade auch durch Handeln der deutschen Bundesregierung gefährdet wird. Und das Grundgesetz wird beschädigt durch Überwachung und Bespitzelung gegenüber uns.

Das derzeitige Verfahren und Vorgehen gegen DIE LINKE zeigt, dass auch die neue Landesregierung von Grünen und SPD staatliche Behörden offensichtlich für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert.

Wie wollen Sie Menschen in diesem Land ermuntern, sich konstruktiv und kritisch in die Politik einzubringen, wenn Sie gleichzeitig versuchen, eine kritische Opposition auf diese Art zu diskreditieren und zu behindern? Bürgerbeteiligung nur für diejenigen, die sich der herrschenden Meinung anpassen, hat noch keine Gesellschaft voran gebracht. Nehmen Sie sich deshalb ein Beispiel an Bundesländern wie Rheinland-Pfalz, Saarland und Bremen statt an der Praxis einer abgewählten CDU-Regierung und beenden Sie im Sinne unseres demokratischen Rechtsstaates die Überwachung und Beobachtung der LINKEN im Land.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, sehr geehrter Herr Innenminister Gall, im Namen der Landesgruppe Baden-Württemberg der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag fordern wir Sie auf, die Überwachung und Beobachtung der LINKEN und ihrer Baden-Württembergischen Bundestagsabgeordneten unverzüglich einzustellen. Selbstverständlich stehen wir Ihnen auch für ein Gespräch zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Karin Binder, Koordinatorin der Landesgruppe, Heike Hänsel MdB, Annette Groth MdB, Michael Schlecht MdB, Ulrich Maurer MdB, Richard Pitterle MdB

Karikatur, mit freundlicher Genehmigung, Kaiser, Esslinger Zeitung.



Was sind denn das für staatsgefährdende Umtriebe!

„Nach 40 Jahren – Berufsverbote aufheben und Opfer rehabilitieren“

Wolfgang Gehrcke (MdB) am 9. Februar im Deutschen Bundestag zum Antrag der Linksfraktion (17/8376):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt sehr viele Menschen in diesem Land, die über 40 Jahre darauf gewartet haben, dass dieses Parlament – von der Regierung hat man das kaum erwartet – den einfachen Satz ausspricht: Entschuldigung, euch ist Unrecht geschehen. *(Beifall bei der LINKEN)*

Ich glaube, diese Menschen haben einen Anspruch darauf.

Der Radikalenerlass hat viel Demokratie in unserem Lande zerstört. Ich will Ihnen nur ein paar Zahlen in Erinnerung rufen. 3,5 Millionen Menschen sind per Regelanfrage vom Verfassungsschutz überprüft worden. Wenn das kein Beleg für einen Spitzelstaat ist, dann weiß ich nicht, was ein Spitzelstaat ist.

(Holger Krestel (FDP): Sie wissen ganz genau, was ein Spitzelstaat ist! Wenn das einer weiß, dann sind das Sie und Ihre Genossen!)

11.000 Berufsverbotsverfahren haben stattgefunden. 1.256 Menschen ist die Einstellung in den öffentlichen Dienst verweigert worden. Es hat viele Entlassungen gegeben. Bringen wir nicht einmal die Courage auf, diesen Menschen zu sagen: „Wir haben euch geschadet; das war Unrecht, und das wollen wir korrigieren“?

Ich sage Ihnen: Ein Großer Ihrer Partei, Willy Brandt, der den Radikalenerlass mit zu verantworten hat, hat öffentlich festgestellt: Der Radikalenerlass war ein Fehler.

(Beifall bei der LINKEN)

Warum können dieses Parlament und insbesondere Ihre Partei das nicht eingestehen? Ich halte ein solches Eingeständnis für unbedingt notwendig. Das ist

eine Frage der Demokratie. Die Bundesregierung hat sich anders entschieden. Die Erklärung der Bundesregierung ist relativ simpel: Alles war rechtens; nichts ist passiert. Man ist nicht bereit, über das Unrecht zu reden, das einigen Menschen angetan worden ist.

Man darf den Zusammenhang zwischen der 68er-Bewegung, die die Bundesrepublik zutiefst verändert hat, und dem sogenannten Radikalenerlass und den dann erfolgten Berufsverboten nicht außer Acht lassen. Man wollte den rebellischen Geist der 68er in diesem Lande eindämmen. (...)

Ich möchte, dass endlich der Kalte Krieg beendet wird. Zum Ende des Kalten Krieges gehört es, die Berufsverbote aufzuheben und festzustellen, dass diese unrecht sind. Ich möchte, dass junge Menschen in unserem Land wieder mit rebellischem Geist – dafür werden sie selber sorgen – sowie mit der Bereitschaft zum Widerspruch und der Erkenntnis aufwachsen, dass man nicht zu oft Ja sagen darf. Ich möchte, dass sie in dem Bewusstsein aufwachsen, dass Alternativen möglich und nötig sind. Berufsverbote waren immer das Gegenteil; sie waren stets Ausdruck einer Politik des Duckmäusertums und des Abgewöhns von Demokratie. Darüber müssten wir inzwischen hinweg sein. Lassen Sie bitte diesen vielen Menschen Gerechtigkeit widerfahren, indem Sie ihnen sagen: Es war unrecht, was euch geschehen ist. Wir entschuldigen uns. Wir werden euch rehabilitieren. Darauf haben diese Menschen einen Anspruch, genauso wie die Demokratie in diesem Land; das ist viel wichtiger.

Danke sehr.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Ingrid Hönlinger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uneingeschränktes Bleiberecht für Roma

Die Linksjugend [solid] Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, die geplanten Abschiebungen von Roma endgültig zu stoppen und für diese Kinder und Jugendlichen und ihre Familien eine uneingeschränkte Bleiberechtsregelung zu schaffen. Alle anderen Landesregierungen fordern wir auf, sich diesem Beispiel anzuschließen.

Sebastian Lucke, Mitglied im LandessprecherInnenrat der Linksjugend, erläutert dazu: „Ein Eintreten gegen die Abschiebung der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien halten wir allein aus der Perspektive der Menschenrechte für geboten. Die Betroffenen sind Teil unserer Gesellschaft und haben ein Recht auf Bildung und auf Selbstbestimmung.“

Eine Abschiebung kann für sie traumatische Wirkungen haben. Auch aus der historischen Verantwortung gegenüber einer der Opfergruppen des Nationalsozialismus lehnen wir eine Ausnahmeregelung nur für bildungserfolgreiche Kinder und Jugendliche und ihre Familien ab. Wir setzen auf ein uneingeschränktes Bleiberecht für alle Betroffenen.“

In Baden-Württemberg will die grün-rote Landesregierung die vorübergehende Aussetzung der Abschiebungen von langzeitgeduldeten Roma in den Kosovo aufheben, nachdem der Petitionsausschusses des baden-württembergischen Landtages nach seiner Kosovo-Reise Ende Januar festgestellt hat: „Supermärkte, neue Wohnanlagen, Autos deutscher Hersteller in den Straßen. Alles in allem eine zivilisierte Situation.“ Auch in anderen Bundesländern stehen entsprechende Entscheidungen an. Eine nachhaltige Regelung wird nur bundesweit möglich sein. Daher richtet sich dieser Aufruf an alle Landesregierungen.



Anlässlich der Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Heidelberg am 31. Januar 2012 hat die Linksjugend vor dem Rathaus für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Asylbewerbern protestiert. Viereinhalb Quadratmeter Wohnraum pro Person sind menschenunwürdig.

NSDAP-Mitglieder immer noch Ehrenbürger der Stadt Tübingen

Die Fraktion der Tübinger Linken hat im Gemeinderat den Antrag gestellt, die Verleihung von Ehrenbürgerschaften vorläufig auszusetzen, „bis eine Regelung zustande kommt, wie mit den belasteten Mitgliedern, Anhängern und Aktivisten der NSDAP auf der Ehrenbürgerliste der Stadt Tübingen umgegangen wird“. Stadtrat Anton Brenner, begründete in einer (auszugsweise wiedergegebenen) Rede den Vertagungsantrags der Linken zur „Verleihung der Ehrenbürgerschaft“ im Tübinger Gemeinderat am 30. Januar 2012.

Uns geht es nicht um die Person, die heute mit der Ehrenbürgerschaft geehrt werden soll, sondern um eine grundsätzliche Frage. Wir stellen einen Vertagungsantrag: Die Verleihung von Ehrenbürgerschaften in Tübingen wird so lange ausgesetzt, bis einer Regelung zustande kommt, wie mit den belasteten Mitgliedern, Anhängern und Aktivisten der NSDAP auf der Ehrenbürgerliste der Stadt Tübingen umgegangen wird.

Auf der Liste der Tübinger Ehrenbürger steht eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, die Mitglieder in der NSDAP, der SS und anderer Naziorganisationen waren und die damit nach den Richtlinien des Außenministeriums der Bundesrepublik nicht einmal einen ehrenden Nachruf bekommen könnten.

Uns geht es nicht um die Mitläufer und Opportunisten, sondern um die Täter. Um den früheren Oberbürgermeister Tübingens Hans Gmelin und um Theodor Haering. Und um einen weiteren Vorgänger von Ihnen, Herr Oberbürgermeister Boris Palmer, um Adolf Scheef. Über ihn schreibt die Historikerin Bettina Schönhagen: „Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die Verwirklichung des Führerprinzips für kommunale Selbstverwaltung keine Freiräume ließ, sondern diese zum verlängerten Arm der Regierung machte, muss dennoch festgestellt werden, dass der einstige linke Flügelmann der schwäbischen Demokraten und erklärte Gegner der NSDAP nach 1933 seine Autorität keineswegs dazu einsetzte, den kommunalen Vollzug der rassistischen Sozialpolitik zu verhindern. Er arrangierte sich vielmehr mit der zuvor heftig bekämpften nationalen Bewegung, nachdem sie zur herrschenden Macht geworden war. Statt Schlimmeres zu verhindern, beteiligte sich Scheef an manchen Stellen ohne erkennbaren Zwang an antisemitischen Beschlüssen. Spektakulärstes Beispiel dafür ist das Verbot des Freibads für Juden, das der Gemeinderat unter seinem Vorsitz be-

reits im Mai 1933 beschloss. Damit erlang Tübingen den traurigen Ruhm, die erste Stadt im damaligen Reichsgebiet gewesen zu sein, die die Ausgrenzung von Juden in dieser Weise praktizierte.“

Manchmal wird versucht zu argumentieren, es gebe dieses Problem mit den Ehrenbürgern nicht, da diese Ehre nach dem Tode automatisch erlösche. Eine Aberkennung der Ehrenbürgerschaft sei unnötig. Dagegen spricht die fast vollständige Ehrenliste auf der Homepage der Stadt Tübingen. Es fehlen jedoch die 1933 ernannten Tübinger Ehrenbürger Adolf Hitler, Gauleiter Murr und Kultusminister Mergenthaler. Irgendwie müssen die irgendwann einmal gestrichen worden sein. Andere Städte sind da wahrhaftiger und führen in ihrer Ehrenbürgerliste auf, wann die Ehrenbürgerschaft der entsprechenden Person aberkannt wurde.

Als in Tübingen im Jahr 2001 die Verleihung der Ehrenbürgerschaft für Wilhelm Beier (1911–2005), den langjährigen Geschäftsführer der Wohlfahrtspflege, im Ältestenrat des Tübinger Gemeinderats diskutiert wurde, verlangte ein Mitglied eine Untersuchung seiner Vergangenheit während der Zeit des Nationalsozialismus, mit der Begründung, man müsse sicher sein, dass keine Mitgliedschaft bzw. Belastendes aus der Zeit zwischen 1933 bis 1945 auftauche, er spreche aus familiärer Betroffenheit. Die damalige Oberbürgermeisterin Russ Scherer veranlasste daraufhin eine solche Untersuchung.

Wir haben schon mehrfach beantragt, dass, nicht nur als Gegengewicht zur nazilastigen Tübinger Ehrenbürgerliste, auch die Tübinger Verfolgten der Nazizeit geehrt werden müssten. Das würde nicht nur der bequemen Lüge entgegenwirken, es habe keinen Widerstand gegeben, schließlich hätten „alle“ mitgemacht. Und es würden den Nachkommen der Verfolgten ein Stück Ehre zurückgeben. Solange diese längst überfällige Ehrung der Tübinger im Widerstand und unter Verfolgung nicht zustande kommt, ist es eine Frage des Anstands, auf weitere Verleihungen der Ehrenbürgerschaft zu verzichten. Erst unlängst gelang es dem Oberbürgermeister nicht, die Ehrenbürgerschaft für einen letzten in Tübingen wohnenden Überlebenden des Holocausts im Ältestenrat mehrheitsfähig zu machen. Auch dies verbietet, heute über eine andere Ehrenbürgerschaft zu entscheiden.

Wir haben mit viel Mühe erreicht, dass nach dem Tübinger Rechtsanwalt und Stadtrat Simon Hayum eine Straße benannt wurde. Aber die

Beschlussvorlage der Stadt dazu war hanebüchen. Unweit der Simon-Hayum-Straße gebe es ja auch eine Adolf-Scheef-Straße. Also nach dem Mann, der 1933 in Tübingen als erster Stadt in Deutschland am Freibad ein Schild anbrachte: Kein Zutritt für Juden.

Es geht uns nicht darum, wie das Außenministerium jedes ehrende Gedenken an ehemalige Mitglieder von Naziorganisationen zu untersagen und alle Betroffenen samt und sonders als Ehrenbürger zu streichen. Es geht um Theodor Haering und Hans Gmelin. Letzterer hat sich am Schluss seines Lebens selber als Teil der „Tätergeneration“ bekannt.

Zum Schluss möchte ich noch Bundespräsident Richard von Weizsäcker zitieren, aus seiner Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag:

Zur Frage des Erinnerns: Kein führender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen. Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

Und zur Frage, wen man ehren soll:

„Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten. Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen.“

Das „Schwäbische Tagblatt“ berichtet, dass der Antrag auf Aussetzung der Verleihung der Ehrenbürgerschaft von den anderen Fraktionen zwar abgelehnt wurde, „einige Fraktionen des Gemeinderats gaben [aber] zu verstehen, dass sie Brenners Anliegen ernst nehmen oder auch teilen. In diesem Sinn äußerten sich Vertreter der großen Fraktionen AL/Grüne, CDU und SPD.“

Kornwestheim: Geschichte braucht ein Gesicht

Bis dato war in Kornwestheim die örtliche Geschichte des Nationalsozialismus kein Thema. Trotz eines aktiven Vereins für Geschichte und Heimatpflege, der seit 30 Jahren eine jährliche Broschüre zur örtlichen Geschichte auflegt, wurde dieser Abschnitt des Kornwestheimer Lebens verdrängt. Diesem Zustand will nun der Linke-Stadtrat Friedhelm Hoffmann ein Ende bereiten. Zusammen mit der evangelischen Pfarrerin Fraukelind Braun und dem katholischen Pfarrer Franz Nagler lud er Ende Januar zur Gründung einer „Initiative Stolpersteine Kornwestheim“ ein. Im Johannesgemeindehaus trafen sich 23 Frauen und Männer, darunter zwei SPD-Gemeinderäte und die Enkelin des ehemaligen kommunistischen Stadtrates Ludwig Herr, der im Januar 1945 im KZ Neuen-gamme ermordet wurde. Die Antworten auf die Frage, was die Teilnehmer zur Unterstützung der Stolperstein-Initiative bewege, waren vielfältig: „Geschichte braucht ein Gesicht. Sonst ist sie weit weg und unwirklich“, „Die Namen der Opfer aus der Vergessenheit holen“, „Das Schweigen in Kornwestheim brechen“ waren nur einige Antworten auf diese Frage. Der Anfang war viel versprechend. Die Initiative trifft sich wieder am 24. April um dann in die konkrete Umsetzung einzusteigen.

Karlsruher Linke: Neonazi-Verfolgung in der Region ernst nehmen

KARLSRUHE (KA-NEWS: PS/TRS) – Nachdem „schwere Fahndungsfehler deutscher Ermittlungsbehörden in Bezug auf die Mordserie der Neo-Nazi-Terrorgruppe NSU“ aufgedeckt worden seien, fordern die Linken im Karlsruher Gemeinderat Konsequenzen für die Region Karlsruhe. Denn immer öfter werde entdeckt, dass die NSU aktive Unterstützung aus dem süddeutschen Raum gehabt habe.

Seit Jahrzehnten spiele die Karlsruher Kameradschaft, die derzeit als „Karlsruher Gruppe“ im Internet auftritt, eine führende Rolle innerhalb der radikalen Neo-Nazi-Szene.

Aufklärungs- und Fahndungsbehörden stünden in der Pflicht im Karlsruher Raum intensiv neu zu ermitteln. Die Sicherheit Aller, vor allem der potentiell bedrohten Bürger wie Migranten und derjenigen, die öffentlich gegen Neo-Nazis, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit engagiert sind, müsse absolut gesichert sein. „Erst recht, wenn Karlsruhe sich als Residenz des Rechts verstehen will“, so die Linken in einer Pressemitteilung.



Photo Jürgen Patzelt; gesehen in Heilbronn am 28. Januar

Deshalb haben sie eine Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt, in der sie genaue Aufklärung über die Neo-Nazi-Gruppen im Raum Karlsruhe, deren Aktivitäten und Straftaten fordern. Frühere, bisher nicht aufgeklärte Straftaten sollen neu auf Zusammenhänge mit Neo-Nazi-Gruppen überprüft werden. Eventuelle Verbindungen von Neo-Nazi-Gruppen in der Region zur Terrorgruppe NSU sollen akribisch ermittelt und veröffentlicht werden.

Die Stadtverwaltung soll eine Einschätzung darüber geben, wie sicher im Raum Karlsruhe Bürger sind, die öffentlich gegen die Neo-Nazi-Szene aktiv sind und sich öffentlich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einsetzen, und wie die Stadt diese Sicherheit befördern will.

Die Linke schlägt der Stadtverwaltung zudem eine öffentliche Veranstaltung vor: Um über den aktuellen Stand der Neo-Nazi-Aktivitäten in der Region aufzuklären, auch was eventuelle Verbindungen zur Terrorgruppe NSU betreffe. „Die Stadt und der Gemeinderat sollen sich dort erneut gegen Rassismus, Fememord und rechtsradikale Gesinnung in Karlsruhe aussprechen, und die Solidarität mit allen Gruppen und Bürgern, die potentiell von Aktivitäten neo-nazistischen Terrors bedroht sind, bestärken und festigen“, so die Partei abschließend.

Heidenheim: Verbot der NPD gefordert

Die Stadtratsfraktion aus Linke und DKP in Heidenheim thematisierte im dortigen Gemeinderat die Gefahr des „nationalsozialistischen Untergrundes als Teil eines braunen Netzes“, in dessen Mitte die NPD die Fäden ziehe. Sie forderte den Gemeinderat und den Bundestag auf, ein Verbotsverfahren gegen die NPD durchzusetzen. In einer Erklärung von Horst Mack, Norbert Fandrich und Reinhard Püschel heisst es: „Solange

die NPD durch Legalität den Eindruck erwecken kann, ihre rassistische, antisemitische, antidemokratische Hetze sei ein legitimes „nationales“ Anliegen und solange sie sich überwiegend über Steuergelder finanzieren kann, schöpft die gesamte neofaschistische Szene daraus den Anschein von Legitimität. Nach Bekanntwerden der Morde dieser rechten Zwickauer Terrorzelle an mindestens neun Menschen ausländischer Herkunft und einer Polizistin blickten am internationalen Holocaust-Gedenktag Millionen Menschen auf Deutschland. Wie würde der Deutsche Bundestag auf die Frage antworten, wo die Ursache dafür zu suchen ist, dass Nazis unter den Augen staatlicher Organe solche abscheuliche Verbrechen begehen konnten. Bezug nehmend auf Artikel 139 GG gab die Bundesrepublik Deutschland vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 31. Juli 1970 eine feierliche Erklärung ab, in der es heißt: „Das ausdrückliche Verbot von Naziorganisationen und das ausdrückliche Verbot, Nazitendenzen Vorschub zu leisten folgt aus dem Grundgesetz des Inhalts, dass die von alliierten und deutschen Stellen zur Befreiung vom Nationalismus und Militarismus verabschiedete Gesetzgebung weiter in Kraft bleibt.“



300 demonstrierten am 25. Februar in Schorndorf für „Rems-Murr nazifrei“. Am Abend fand eine Infoveranstaltung mit über 100 Teilnehmern statt und anschließend ein Konzert „Laut gegen rechte Gewalt“.

Konstanz vor dem Konziljubiläum

Im Jahr 2014 jährt sich der Beginn des Konstanzer Konzils (1) zum sechshundertsten Mal. Die Stadtverwaltung will das ganz groß feiern lassen, als Ereignis mit „europaweiter Ausstrahlung“. Von Vorträgen, Ausstellungen, Symposien und „Festspielen“ ist im Rathaus die Rede. Regierungsvertreter sollen ebenso wie „geistliche Würdenträger“ (es war auch schon mal von Joseph Ratzinger die Rede) an dem Spektakel teilnehmen und so dafür sorgen, dass man landauf, landab Konstanz nicht mehr ständig mit Koblenz verwechselt. Der Haken bei der Sache ist aber nicht nur, dass Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit ein Ereignis hochjubeln wollen, das bekanntlich in der Verbrennung der Kirchenreformer Jan Hus und Hieronymus von Böhmen gipfelte. Es gibt, zwei Jahre vor der geplanten Konzilstadt-Sause, vor allem auch weder ein Konzept noch einen schlauen Plan, wie was auch immer finanziert werden soll. Egal, jetzt soll auf jeden Fall schon mal das Konzilumfeld eventaffin umgestaltet werden. Holger Reile, Stadtrat der Linken Liste, hat sich dazu so seine Gedanken gemacht.

Bei der Neugestaltung des Konzilsareals sollte unserer Meinung nach mit Augenmaß vorgegangen werden. Wir bezweifeln, dass es sinnvoll ist, für einen Ideenwettbewerb und groß angelegte Sanierungsmaßnahmen rund eine halbe Million Euro auszugeben. Denn so „kaputt“, wie von der Verwaltung behauptet, ist das Areal um das Konzil nicht. Geht das so weiter, dann entwickeln sich die Planungen zum Konziljubiläum schon weit im Vorfeld zu einem Fass ohne Boden. Denn: Bis heute fehlt ein Finanzkonzept und keiner weiß, wer das alles bezahlen soll.

Beispiel Lädine (2). Seit über einem Jahr ist im Gespräch, eine Lädine detailgetreu nachbauen zu lassen. Vor einem Jahr schon haben wir Herrn Henneberger, der diese Idee aufgebracht hat, aufgefordert, sich mit den Betreibern einer bereits existierenden Lädine in Immenstaad in Verbindung zu setzen, um diese für die Dauer des Konziljubiläums anzumieten. Unserer Meinung nach würde sich somit der teure Nachbau einer Lädine in Konstanz erübrigen. Auf Anfrage in Immenstaad wurde

uns erklärt, dass sich bisher niemand aus Konstanz gemeldet hätte, um diese seeüberschreitende und wünschenswerte Kooperation im Vorfeld zu besprechen.

Stattdessen hält Konstanz an dem Nachbau einer eigenen Lädine fest. Sogar von einer „Schauwerft für die geschätzte Dauer von 2 Jahren“ ist die Rede. Wer für dieses kostspielige Unterfangen, für das Wissenschaftler und Spezialisten hinzugezogen werden sollen, schlussendlich aufkommen wird, ist völlig unklar. Die Immenstaader wissen aus eigener Erfahrung, was da auf Konstanz zukommen könnte: „Ein detailgetreuer Nachbau ist unter 800000 Euro nicht zu haben.“ (Auskunft Herr Hanschur am 8. Januar). Alleine deswegen fordern wir die Organisatoren des Konziljubiläums auf, die Pläne für den Nachbau einzumotten und sofort mit den Immenstaadern Kontakt aufzunehmen.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass sich bezüglich des Konziljubiläums eine ungezügelter Eventhysterie (ähnliches gilt u.a. auch für das Bekehrungsfest und das Handwerkerdorf) entwickelt, die mit den eigentlichen Bedürfnissen der BürgerInnen dieser Stadt nichts mehr zu tun hat. Von Anfang an haben wir darum gebeten, den Wunschkatalog einiger weniger für das Konziljubiläum nicht endlos aufzublasen. Es wäre nun endlich an der Zeit, sich auf sinnvolle und wichtige Projekte zu beschränken und sonstige Hirngespinnste nicht weiter zu verfolgen.

Bislang war davon die Rede, dass die Feierlichkeiten mindestens zehn Millionen Euro kosten sollen. Die Linke Liste Konstanz drängt erneut darauf, den BürgerInnen umgehend zu erklären, wie sich diese Kosten zusammensetzen und wer dafür aufkommen soll. Und wir erinnern daran: Der befürchtete Aderlass bei Takeda (3) könnte zu einem massiven Einbruch der Steuereinnahmen führen.

(www.die-linke-konstanz.de, 14.1.)

(1) Das Konzil von Konstanz (5. November 1414–22. April 1418) wurde auf Betreiben König Sigismunds von Gegenpapst Johannes XXIII. einberufen. Gastgeber war Fürstbischof Otto III. von Hachberg. Der wichtigste Punkt der Verhandlungen des Konzils war die causa unionis: das Abendländische Schisma sollte beendet und damit die Einheit der Kirche wiederhergestellt werden (es gab zu diesem Zeitpunkt drei Päpste, das Konzil setzte alle drei ab). Die causa reformationis bezieht sich auf notwendige Reformen innerkirchlicher Zustände (das Konzil brachte nicht viel zustande). Schließlich sollten in der causa fidei Fragen der kirchlichen Verkündigung und Sakramentslehre geklärt und damit die Ketzerei wirksam bekämpft werden (das Konzil verurteilte die Lehren Jan Hus und John Wyclifs). (Wikipedia)

(2) Eine Lädine oder Ledine ist ein historischer Lastensegler, der als Schiffstyp zwischen dem 14. und dem 20. Jahrhundert für die Dauer von etwa 500 Jahren auf europäischen Binnengewässern in Gebrauch war.

(3) Das Pharmaunternehmen war bislang ein großer Gewerbesteuerzahler in Konstanz.



Eine Schandtats des Konstanzer Konzils: König Sigismund, Veranstalter des Konzils, sicherte dem böhmischen Kirchenreformer Jan Hus zunächst freies Geleit zu, aber die versammelten Kirchenfürsten ließen ihn dann als Ketzer verurteilen und weil er nicht widerrufen wollte, wurde er auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

ACTA stoppen!

Zusammengestellt aus den Kundgebungsreden am 11. Februar von Dirk Spöri in Freiburg und von Daniel Behrens in Stuttgart.

ACTA ist ein Vertragswerk zwischen mehreren Staaten. Es geht darum, gemeinsame länderübergreifende Regeln gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen festzulegen. Doch am Entwurf des Vertrags beteiligten sich nicht nur die einzelnen Regierungen, sondern auch große Konzerne. Viele der Verabredungen sind geheim. Eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag in dieser Woche zur Offenlegung der Texte blieb von der Bundesregierung unbeantwortet.

Die Länder, die ACTA unterzeichnen, verabreden sich damit zu einer Verschärfung der Strafen bei Urheberrechtsverletzungen, aber auch schon bei „Beihilfe“ oder „Anstiftung“. Härtere Strafe soll es zudem auch für diejenigen geben, die Software zur Umgehung von Kopierschutzmaßnahmen entwickeln. Also beispielsweise Programme zum Kopieren von Musik-CDs. Vieles, was im ACTA-Vertrag formuliert wird, ist längst Realität. Der Überwachungsstaat hat seit den Terroranschlägen vom 11.



Demos gegen Acta in Stuttgart (links) und Mannheim (rechts)

Doch in Wahrheit sind es die Interessen der großen Musik- und Filmkonzerne wie Sony, Warner Brothers usw. Die wenigsten Künstler, die wenigsten Musiker können von ihrem Werk leben. Das liegt nicht an Raubkopien, sondern daran, daß man mit Kultur nur dann gut leben kann, wenn man das Glück hat, über Apple und iTunes oder über Sony Music vermarktet zu werden. Auch große Stars müssen die Rechte ihrer Lieder an die Musikindustrie abgeben. Künstler wie Prince oder George Michael haben deshalb schon jahrelang Rechtsstreits geführt. Doch noch eine weitere Sache stinkt an ACTA gewaltig: Die Geltendmachung von Rechten auf geistiges Eigentum kommt in manchen Bereichen einem Verbrechen gegen das Menschenrecht gleich. ACTA soll Pharmakonzernen dazu dienen, ihre Patente auf Wirkstoffe noch besser zu schützen, um die Hersteller lebensrettender Generika hart zu bestrafen. Das gleiche gilt für Saatgut. Das Recht der Menschen auf gesundheitliche Versorgung soll also



September seine Tentakel über die Gedanken und Taster der Bevölkerung gelegt. In den vergangenen Jahren wurde vor allem der 11. September und die Gefahr durch den Terrorismus beschworen. Wie wenig das half, wie verlogen das war, sehen wir bei der Aufdeckung der Nazi-Terrorzelle der NSU. Tatenlos hat der Staat zugeschaut, wie zehn Morde begangen wurden.

Um die neuen ACTA-Gesetze durchzusetzen, sollen Internetanbieter gezwungen werden, mit den Sicherheitsbehörden zusammenzuarbeiten. Auch das wird in Deutschland bereits praktiziert. Nach Verstößen sind private Anbieter verpflichtet, Internetnutzer zu sperren. So werden eure privaten Internetanbieter nicht nur zu Vollstreckern der Überwachung, sondern auch zu Türstehern und Zensoren. Damit wird de facto ein Teil des Rechtsstaates privatisiert. Hinter dem ACTA-Abkommen weht ein Geist der staatlichen Überwachung, der Zensur und der Repression. Wir alle werden unter Generalverdacht gestellt Urheberrechte zu verletzen. Angeblich geht es um die Interessen von Künstlern, von Musikern, von Schriftstellern.

dem Wohle des Profits transnationaler Konzerne geopfert werden. Unsere Grundrechte und unsere Freiheit sind bedroht! Die Bundesregierung hat nun die Unterzeichnung verschoben. Das ist ein erster Erfolg unseres Protests. Wir müssen den Druck aufrechterhalten und die Bevölkerung über die Vorhaben der Regierung und der Konzerne aufklären. ACTA macht wieder einmal deutlich, dass Profitinteressen über denen der Bevölkerung stehen. Und sie stehen auch über den Interessen der Mehrheit der Künstlerinnen und Künstler, die durch dieses Abkommen angeblich geschützt werden sollen.

Deshalb wurde der ACTA-Vertrag im Geheimen ausgehandelt. So funktioniert Demokratie, so funktioniert Politik im Kapitalismus. Eine Wirtschaft und eine Politik, die nur Konzerninteressen dient, ist Feind der Freiheit, Feind der Gesundheit und Feind des Internets.

Freiheit für die Kunst und Freiheit statt Konzerninteressen!

(Die Position zu Acta wird im Landesverband noch diskutiert, diese Veröffentlichung versteht sich auch als Aufforderung zu weiterer Diskussion, d. Red.)

Offener Brief an Manfred Lucha und Thomas Poreski, MdL Die Grünen, anlässlich einer Anhörung der Grünen im Landtag Ba-Wü 13.2.2012

Betrifft: „Psychisch-Kranken-Hilfegesetz“

Sie haben heute eine Anhörung zum Thema „Psychisch-Kranken-Hilfegesetz“ einberufen. Diese Bezeichnung halten wir für diskriminierend, denn es muss „Seelisch-Behinderten-Hilfegesetz“ heißen, weil der Begriff „psychisch krank“ durch die Massenmedien zu negativ besetzt ist.

Die neue Art der Bürgerbeteiligung bei der Erstellung von Gesetzen finden wir gut, allerdings sollten folgende Punkte dabei berücksichtigt werden:

Bei der Beantragung von Leistungen aus dem SGB IX (Eingliederungshilfe, Persönliches Budget) sollte grundsätzlich pädagogisches bzw. ärztliches Fachpersonal eingesetzt werden, die eine Behinderung wesentlich besser beurteilen können, als ein Verwaltungsangestellter, dem es in erster Linie nur um die Einsparung von Geldern geht. Es muss ein Rechtsanspruch auf einen Werkstattplatz im Gesetz verankert werden, welcher auch das Wunsch- und Wahlrecht dieser Menschen respektiert. Wir möchten *einen* Ansprechpartner für *alle* Leistungen haben und nicht wegen jedes Leistungsanspruchs vor Gericht ziehen müssen. Im Moment ist es bei uns so, dass die Gutachterin der Deutschen Rentenversicherung den Zugang zur Werkstatt für seelisch behinderte Menschen sehr oft ablehnt mit der Begründung, sie seien zu gesund für die Werkstatt. Die Werkstatt ist für uns jedoch mehr als nur ein Arbeitsplatz. Außerdem muss ein begleitender Dienst in Werkstätten besser ausgebaut werden, was bedeutet, dass zum einen ein Sozialarbeiter nur für 80 statt bisher 120 Menschen zuständig ist. Auch halten wir es für erforderlich, dass es in allen Werkstätten einen psychologischen Dienst gibt. Dazu sind selbstverständlich die Pflegesätze entsprechend zu erhöhen, welche in Baden-Württemberg traditionell sehr niedrig bemessen sind. Gehen wir in andere Bundesländer, so haben wir dort Pflegesätze von 35 bis 55 € pro Tag und bei uns in Baden-Württemberg nur durchschnittlich 28 €.

Uns ist es sehr wichtig, dass kein Drehtüreffekt entsteht, mal rein in die psychiatrische Klinik, mal raus und wieder rein usw. Dieser entsteht durch psychische Überlastungssituationen, wie zum Beispiel Leistungs- und Zeitdruck, aber auch durch Arbeits- und Obdachlosigkeit.

Von Seiten der Krankenkassen ist es erforderlich, dass die Zentren für Psychiatrie mit mehr Geld ausgestattet werden, um auch hier das Personalman-

gelproblem aus der Welt zu schaffen, dann wird es automatisch auch weniger Fixierungen und andere Zwangsbehandlungen geben.

Auch sollten ausreichend andere Angebote für seelisch behinderte Menschen zur Verfügung stehen, wie zum Beispiel Tagesstätten auch mit Therapieangeboten.

Die Beschwerdestellen für Psychiatrie sollten zwecks Vereinfachung der Arbeit mit PCs, Internetzugang und psychiatrisch qualifiziertem Fachpersonal ausgestattet werden.

Barbara Liedtke, Jola Miemietz-Rexha, Katja Nonnenmacher, Bernhard Kose-litz, Sascha Barthels, Andreas Scheibner

Stellungnahme der Fraktionen der Linken im Tübinger Kreistag und im Tübinger Gemeinderat gegen die geplante Ablösung von Regierungspräsident Strampfer:

Strampfer soll bleiben und den Laden dichtmachen

Grüne und SPD bieten wie früher die FDP das alte Spiel: Selbst an den Fleischtöpfen der Macht das Gegenteil zu tun, was sie vorher gefordert haben. In vielen Bundesländern fordert die FDP die Abschaffung der Regierungspräsidien. An der Macht, will sie nichts mehr davon wissen. Grüne und SPD hatten noch in der Opposition mehrfach dafür plädiert, die Regierungspräsidien aus Spargründen abzuschaffen. Im Regierungsprogramm steht als Maßnahme zur Vorbereitung der Auflösung der Regierungspräsidien: „Deshalb sollen die Regierungspräsidien Aufgaben an Kreisstädte, Landkreise und Regionen abgeben.“ Der Tübinger CDU-Landrat befürchtet zu Recht, dass bei der geplanten Auflösung der Regierungspräsidien durch den Wechsel an den Spitzen zukünftige Jungpensionäre installiert würden.

Es gibt nur einen Grund, weshalb Grüne und SPD die Regierungspräsidien neu besetzen wollen: Die Zwischenlagerung, Endlagerung und Verbesserung der Altersversorgung verdienter Parteifreunde. Der Tübinger Regierungspräsident Strampfer war unter Erwin Teufel für die Einführung der Bertelsmann-Richtlinien, der „Neuen Steuerungsinstrumente“, im Staatsministerium zuständig und wurde deshalb von Günter Oettinger nach Tübingen verbannt. Sein Vorgänger als Regierungspräsident Wicker witzelte, wenn die „neuen Steuerungsinstrumente“ funktionieren würden, wäre die DDR heute noch ein erfolgreicher Staat. So erscheint uns Hermann Strampfer als der richtige Mann zur richtigen Zeit, die Abwicklung seiner Behörde selbst zu vollenden. Unser früherer Rottenburger Fraktionskollege Dr.

Christian Hörburger bezeichnete kürzlich die Regierungspräsidien als Relikt aus dem preußischen Obrigkeitsstaat, die an den aufgeblähten Staatsapparat in Griechenland erinnern. „Nahezu alle Aufgaben des RP ließen sich schon heute von den Landratsämtern schultern.“

Gegen Stellenabbau im öffentlichen Dienst: Linke kritisiert Schmiedel

DIE LINKE Baden-Württemberg kritisiert den Vorstoß von SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel im öffentlichen Dienst bis zu 15 000 Stellen abzubauen. „Das ist der falsche Weg zur Sanierung des Landshaushaltes“, sagt Landessprecher Bernd Riexinger. DIE LINKE stehe vielmehr für einen zukunfts- und handlungsfähigen öffentlichen Dienst. Insbesondere im Bereich der Bildung müsse dringend auf- und nicht abgebaut werden. SPD und Grüne hätten sich mit der von ihnen mitbeschlossenen Schuldenbremse in eine strukturelle Handlungsunfähigkeit manövriert, so die LINKE. Dazu Bernd Riexinger: „Nach wie vor haben wir im öffentlichen Bereich kein Ausgabe- sondern ein Einnahmeproblem. DIE LINKE fordert die Millionärsteuer, mit der Vermögen von mehr als eine Million Euro mit fünf Prozent besteuert werden. Dem Land Baden-Württemberg würden so mehr als zehn Milliarden Euro zufließen. Stellenabbau ist überflüssig, schädlich und unsozial. Lehrer und Polizeibeamte können nichts dafür, dass Reiche und Konzerne gegenwärtig so gering besteuert werden, wie nie zuvor.“

LINKE fordert Landesregierung zu einem Sofortprogramm gegen Armut und Kinderarmut auf

Die Ergebnisse der Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sind auch für Baden-Württemberg erschreckend. Gerade in einem reichen Land haben es Arme besonders schwer. Eine Armutsquote von 14,6 Prozent, wie in Mannheim, ist nicht tolerierbar. Bernd Riexinger, Landessprecher: „Wir fordern die Landesregierung in Baden-Württemberg auf, ein Sofortprogramm gegen Armut und Kinderarmut in Baden-Württemberg zu verabschieden. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie in einer der reichsten Regionen der Welt Armut und Kinderarmut zunehmen.“

Zu einem Sofortprogramm gehört nach Auffassung der Baden-Württembergischen LINKEN der gebührenfreie Besuch der Kindertagesstätten, ein kostenloses warmes Mittagessen in den Kitas und Schulen, die Ausstellung von So-

zialtickets in den Kommunen, der Ausbau von kostengünstigem Wohnraum insbesondere für Familien mit Kindern.

Ebenfalls erneuert DIE LINKE ihre Forderungen nach einer armutsfesten und repressionsfreien Grundsicherung und der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro in der Stunde.

Rheintalbahn – Bürgertrasse umsetzen

Karin Binder (MdB): Beteiligung und Mitspracherechte der BürgerInnen ausbauen!

Die badische Bundestagsabgeordnete Karin Binder (DIE LINKE) freut sich mit den Mitgliedern der Bahn-Bürgerinitiative „Mensch und Umwelt schonende DB-Trasse e.V.“ (MUT) über die Zusagen aus dem Bundesverkehrsministerium, bei der Neubaustreckenplanung im nördlichen Markgräflerland nun deren Forderungen nach der sogenannten Bürgertrasse umzusetzen. Jetzt komme es aber darauf an, dass Berlin die „DB



ProjektBau GmbH“ auffordert, ohne weitere Verzögerung für den gesamten Bereich der Freiburger Güterumfahrung eine konsensfähige Planung zu erarbeiten, und dass man die Bereitstellung der Bundesmittel für den Bau und der zugesagten Landesbeteiligung an den Mehrkosten dann auch wirklich sicherstelle. Eine zügige Realisierung dieses Projektabschnittes sei insbesondere wichtig für die dringend notwendige Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs im Raum Breisgau bei gleichzeitiger konsequenter Verlagerung des Güterverkehrs von der A5 auf die Schiene.

„Leider haben wir es seit der sogenannten Bahnreform 1994 nur allzu oft erlebt, dass die jeweiligen Bundesregierungen und Regierungsfractionen absichtlich die Gestaltung der Bahnpolitik völlig den Vorständen des DB-Konzerns überlassen haben“, erklärte Binder, die Verbraucherpolitikerin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. „Und die Leidtragenden dabei waren und sind neben den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern, die Bahnbeschäftigten

und fortwährend die gebeutelten Bahnreisenden, gerade auch hier in Südbaden!“

Weiter spricht sich die Abgeordnete dafür aus, das grundsätzliche Planungskonzept der Neubaustrecke zwischen Offenburg und Kenzingen/Riegel zum Nutzen der Region zu überarbeiten und unterstützt in diesem Sinne auch die Forderungen des „Aktionsbündnis Rheintalbahnhof 21“. Dieser Zusammenschluss hat sich im Dezember 2011 gegründet um zu verhindern, dass die weitere Realisierung der Aus- und Neubaustrecke am Oberrhein unter der Fortsetzung des fragwürdigen Bauprojektes „Stuttgart 21“ leidet.

Soziale Strom- und Gaspreise müssen bei Energiewende im Südwesten sicher gestellt werden

DIE LINKE in Baden-Württemberg begrüßt die Bemühungen von Umweltminister Untersteller, bis 2020 die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu definieren, dass 38 % der Energie aus regenerativen Energien erzeugt werden können.

Dazu Gregor Mohlberg, Mitglied des Landesvorstands: „Die Richtung des Ministers stimmt. Trotzdem ist die kritische Einschätzung des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) berechtigt, dass ohne politische Anreize und Instrumente wie Top-Runner-Programme zur Energieeinsparung und Energieeffizienz die Energiewende nicht gelingen kann. Es reicht nicht, dass sich die Landesregierung auf den Markt und den Dialog mit den großen Konzernen verlässt. Die Zielrichtung einer umweltverträglichen Mobilität, nachhaltiger Produktion und Erneuerbarer Energien muss durch politische Steuerung herbeigeführt werden. Angesichts der erdrückenden Preise für die Endverbraucher unterstreichen wir unsere Forderung nach einer politischen Strom- und Gaspreiskontrolle. Die Energiewende kann nur dann sozial gerecht sein, wenn eine faire Lastenverteilung zwischen Industriekunden und Privatkunden erfolgt. Außerdem müssen Haushalte in Armut oder an deren Schwelle durch gesetzlich erzwungene Sozialtarife geschützt werden.“

Christoph Ozasek, Sprecher der LINKEN im Regionalparlament Stuttgart ergänzt: „Der Schwerpunkt auf die bislang politisch verhinderte Windenergienutzung birgt die Chance auf Arbeit und Wertschöpfung an den zahlreichen windhöffigen Standorten Baden-Württembergs. Gerade Kreise die unter der schleichenden Abwanderung der Industrie leiden, könnten sich mit der Windkraft zur energetischen Herzkammer des Südwestens weiterentwickeln. Für die



Mit der Aktion „Schiene frei“ zur Sichtbarmachung der verwilderten Zabergäubahn im Landkreis Heilbronn soll politischer Druck ausgeübt werden, die Linie als Stadtbahn wiederzubeleben. Stadtrat Hasso Ehinger (links im Bild) und Kreisrat Johannes Müllerschön wollen deshalb ein gemeinsames Verkehrskonzept für den Stadt- und Landkreis Heilbronn auf den Weg bringen.

ca. 140 Unternehmen, die sich im Südwesten als Zulieferer auf den Bereich Erneuerbare Energieanlagen ausgerichtet haben, kann das neue Landesplanungsgesetz zum Ausbau der Windkraft ein positives Investitionsklima und Investitionssicherheit für die Zukunft schaffen. Dazu muss aber konsequent mit der Orientierung auf fossil-atomare Kraftwerkparcs gebrochen werden, insbesondere bei der EnBW. Wir vermischen bislang Bemühungen der Landesregierung, Investitionen in dezentrale Stromspeichertechnologien auszulösen. Stattdessen bestellt Grün-Rot noch immer das Geschäft für die großen privaten Netzgesellschaften mit dem Ziel europäischer Stromautobahnen durch die ganze Republik.“

Grün-Rot verpasst die Chance für echte studentische Mitbestimmung

von Daniel Anton, Die Linke.SDS Freiburg

Der vorgelegte Gesetzesentwurf der grün-roten Landesregierung zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft bleibt weit hinter den Erwartungen der Studierenden nach echter Mitsprache zurück. Über Jahrzehnte hinweg haben verschiedenste Studierendenbewegungen in Baden-Württemberg dafür gekämpft, wieder eine Stimme und ein politisches Mandat in der Hochschule zu haben. Der nun vorgelegte Gesetzesentwurf erfüllt diese Forderungen nur halbherzig.

So wird den zukünftigen Studierendenvertretungen beispielsweise die Finanzautonomie genommen, indem man sie auffordert, von ihrem Etat eine Beamtenstelle zu bezahlen, welche kontinuierlich die Finanzen überwacht. Die Hochschulverwaltung hat so die Mög-

lichkeit, direkt in die finanziellen Belange der Studierendenschaft einzugreifen. Während also nach außen die studentische Öffentlichkeit mit vermeintlich autonomen Gremien beschwichtigt wird, sichert man sich durch die Hintertür weiter den Einfluss.

Auch die Möglichkeit, sich in Zukunft allgemeinpolitisch zu äußern, ist durch den bisherigen Entwurf nicht gegeben. Stattdessen ist lediglich von einem Hochschulpolitischen Mandat die Rede. Die wichtige Arbeit, die bereits heute durch unabhängige Studierendenvertretungen auf politischem Feld gemacht wird, wird also offensichtlich durch die Einführung der VS nicht leichter. Ob beispielsweise die Mobilisierung zu Nazi-Blockaden, oder die Unterstützung von Protesten gegen die Euro-Krise: zukünftige Studierendenparlamente oder anderweitige Vertretungen dürfen diese laut Entwurf auch in Zukunft nicht offiziell unterstützen. Studentisches Leben findet nicht außerhalb der Gesellschaft statt und teilt ebenso deren Probleme. Jedem Studierenden muss die Möglichkeit gegeben werden, sich gegen die Verhältnisse an Universität und in der Gesellschaft auszusprechen und zu engagieren.

Die Linke.SDS Baden-Württemberg und Linksjugend solid Baden-Württemberg fordern die Landesregierung auf, den Entwurf zu ändern. Sollte die VS in diesen Rahmenbedingungen beschlossen werden, setzt Grün-Rot die Politik von Schwarz-Gelb lediglich in anderem Gewand fort. Echte Mitbestimmung sieht anders aus: vollständige Finanzautonomie, Mitsprache bei Personalfragen und ein allgemeinpolitisches Mandat sind Pflicht, wenn die Landesregierung es wirklich ernst meint. Sollte dies nicht der Fall sein, werden die Studierenden nicht davor zurückschrecken, ihren Forderungen auf der Straße Ausdruck zu verleihen.

Sozialticket in Mannheim: Durch den Dschungel der ÖPNV-Struktur und gegen eine Wand der politischen Ablehnung

Am 8. März findet die erste Ausschusssitzung des Mannheimer Gemeinderats zur Umsetzung des Sozialtickets statt.

Es geht um den Beschluss, den der Gemeinderat anlässlich der Etatberatungen mit hauchdünner Mehrheit gefasst hatte: Ein Sozialticket soll wieder eingeführt werden; es soll als Einzel- und Monatsticket angeboten werden und für alle Erwachsenen mit geringem Einkommen zur Verfügung stehen. Preis ca. 1 Euro das Einzelticket, ca. 20 Euro das Monatsticket. Das Ganze darf aber nicht mehr als 400.000 Euro kosten. Das ist unter den bestehenden ÖPNV-Strukturen, mit dem maßgeblichen politischen Personal der öffentlichen aber privatrechtlich organisierten Verkehrsunternehmen und mit deren Subventionsdoktrin die Quadratur des Kreises.

Leider ist es nicht so, dass die Tram- und die Busse so fahren, wie es der Mannheimer Gemeinderat mehrheitlich anweist. Dann hätten wir zwar eine städtische Bimmelbahn, aber keinen modernen Verkehrsverbund mit seinen zweifelsfreien Vorteilen.

Vielmehr ist – vereinfacht dargestellt – die Sache die:

Die Struktur des ÖPNV (stark vereinfacht)

Die Stadt Mannheim hat ihre Verkehrsbetriebe, die MVV-Verkehr GmbH (auf die die MVV OEG AG im Jahr 2009 verschmolzen wurde), der Rhein-Neckar Verkehr GmbH (RNV) zugeordnet, welche die Verkehrsleistung erbringt. Die MVV Verkehr GmbH ist Eigentümerin des Mannheimer Schienennetzes und beschäftigt den Teil des RNV-Personals, welches noch Altverträge aus der Zeit vor der Bildung der RNV hatte. Sie ist Tochter der städtischen MVV GmbH (Holding) und Mutter der MVV-Energie AG (bzw. Inhaberin des städtischen Aktienpakets von 50,1%.)

An der RNV sind auch die Städte Heidelberg und Ludwigshafen sowie die Region der Rhein-Haardt-Bahn mit ihren Verkehrsgesellschaften beteiligt. Mannheim hält seine RNV-Anteile über die MVV GmbH. Die RNV wiederum ist mit über 50% ein gewichtiger Gesellschafter der Unternehmensgesellschaft Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (URN), in welcher alle Verkehrsunternehmen des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (VRN) zusammengeschlossen sind. Politisch kontrolliert wird der VRN von einem Zweckverband, in dem die drei Bundesländer und die Städte und Kreise im Einzugsgebiet vertreten sind.

Die Finanzen (stark vereinfacht)

Die Beförderungsentgelte fließen sämt-

lich an die URN GmbH. Von dort werden sie nach einem Schlüssel, der die Zahl und die Entfernungen der Beförderungsfälle der einzelnen Unternehmen berücksichtigt, an diese zurückverteilt. Im Falle der MVV Verkehr GmbH erfolgt die Auszahlung über die RNV GmbH, die einen Teil für ihre eigenen Betriebskosten behält und der MVV Verkehr die Trassen- und Personalkosten bezahlt. Verluste müssen die Auftrag gebenden Gebietskörperschaften ausgleichen, bei der MVV Verkehr GmbH also die Stadt Mannheim. Die erbringt diesen Zuschuss jedoch nicht aus dem Kommunalhaushalt, sondern durch Überlassung der Dividenden aus der MVV Energie AG (Tochter der MVV Verkehr). Dies ist die berühmte Quersubventionierung der Verkehrsbetriebe durch die Energiebe-



triebe, die in sehr vielen Kommunen so gehandhabt wird.

Eine weitere Finanzierungsquelle stellen Regionalisierungsmittel des Bundes und der Länder dar, die dem Verkehrsverbund zugute kommen z.B. für „Flatrate-Tarife“ wie Karte ab 60 und MAXX-Ticket.

Die gesellschaftsrechtliche und finanzielle Struktur des gesamten ÖPNV muss im Übrigen den Vorgaben der Europäischen Kommission entsprechen.

Die Beauftragung und politische Kontrolle des ÖPNV (stark vereinfacht)

Die Stadt Mannheim weist die MVV Verkehr GmbH an, die gewünschte Infrastruktur vorzuhalten (z.B. Bau der Stadtbahn Nord) und sie betraut die RNV GmbH mit der Durchführung des ÖPNV. Sie hält knapp über 50% der Stimmrechtsanteile an der RNV; jedoch hat jede an der RNV beteiligte Gebietskörperschaft ein Vetorecht.

Die Gestaltung des gesamten Tarifwesens und der Verteilungsschlüssel für die Entgelte werden vom Zweckverband kontrolliert.

Die URN wie auch die ihr angeschlossenen (teils ohnehin privaten) Verkehrsunternehmen arbeiten als privatrechtliche Unternehmen. Die Geschäftsführungen sind im operativen Geschäft eigenverantwortlich und unterliegen nur in strategischen Fragen den Vorgaben der Aufsichtsräte. Die Gemeinderäte

sind lediglich über diese Aufsichtsräte an der Kontrolle der öffentlichen Verkehrsunternehmen und der Verbundgesellschaft beteiligt.

Was heißt dies alles für das Projekt Sozialticket?

Wenn ein eigenständiger Tarif für das Sozialticket kreiert werden soll, so unterliegt dieser der Zustimmung durch den VRN (Tarifhoheit). Die Zweckverbandsversammlung hatte sich unpassenderweise im Jahr 2010 gegen Sozialtickets ausgesprochen. Grundsätzlich stehen die Verkehrsbetriebe (in diesem Fall RNV) auf dem Standpunkt: Wir liefern alles – es muss aber von jemandem bezahlt werden, sei es von den „Kunden“ oder von der beauftragenden Kommune. Die im RNV vertretenen Kommunen neigen nicht dazu, ggf. kostenträchtige oder verlustreiche Sonderwege einzelner Kommunen mit zu tragen. Sie verlangen für derartige Sonderwege finanzielle Leistungen der bestellenden Kommune. Im Falle des Sozialtickets Mannheim: Die Stadt müsste direkt (in diesem Fall aus dem Kommunalhaushalt) zuschießen. So zumindest lautet die Aussage des für den ÖPNV zuständigen Kämmerers, Erster Bürgermeister Specht.

Das Subventionserfordernis – eine doktrinäre und fiktive Behauptung

Wie oben dargelegt, gäbe es kaum eine Möglichkeit, die unmittelbaren finanziellen Auswirkungen eines Mannheimer Sozialtickets zu bemessen. Alle Einnahmen – gleich wo sie erzielt wurden, kommen in den Topf und werden nach statistischen Kriterien, die nur periodisch aktualisiert werden, aufgeteilt.

Es kann also zunächst weder ein wirtschaftlicher Schaden noch ein solcher Nutzen empirisch so ohne weiteres nachgewiesen werden.

Diejenigen, die einen Schaden unterstellen (die Verkehrsbetriebe und wahrscheinlich viele Aufsichtsräte), unterstellen damit zugleich, dass Menschen mit geringem Einkommen ebenso „normale“ Kunden sind wie alle anderen. Sie zahlen ihre Einzelfahrtscheine oder gar Zeitkarten ganz normal aus ihrem Einkommen. Symptomatisch ist die Aussage von EBM Specht: „Die Verkehrsbetriebe kennen die finanzielle Situation ihrer Kunden nicht“. Wenn nun eine Verbilligung durchgesetzt würde, würde bei jeder „ganz normal“ verkauften verbilligten Karte ein Umsatzausfall auftreten, der zu ersetzen wäre. Übrigens kann sich kein nichtöffentliches Unternehmen den Standpunkt leisten: „Wir kennen unsere Kunden nicht“. Es würde glatt ein Kühlgerätegeschäft auf

Grönland und ein Delikatessengeschäft in einen sozialen Brennpunkt bauen.

Diejenigen, die behaupten, es entsünde durch das Sozialticket kein wirtschaftlicher Schaden, haben wenigstens den gesunden Menschenverstand auf ihrer Seite: Sie erschließen dem Verkehrsunternehmen ein Marktsegment, das bisher kaum Umsätze brachte. Viele verbilligte Karten bringen mehr Umsatz als wenige zu teure Tickets, ohne dass sich die Kostensituation ändert. So generiert man Gewinn.

Die Verachtung der Armen muss geächtet werden!

Die Gegner des Sozialtickets haben also die schlechteren Karten, aber sie sitzen bis jetzt am längeren Hebel.

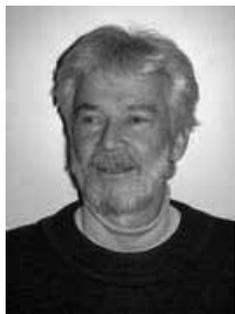
Ganz klar geht es hier aber vor allem um die Frage: Welche Aufgabe haben öffentliche Unternehmen zu erbringen, wie wird die Pflicht, gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen, demokratisch durchgesetzt? Das ist eine schwierige Überzeugungsaufgabe selbst gegenüber den Willigen, die sich nur zu leicht von fingierten „betriebswirtschaftlichen“ Argumenten blenden lassen. Und es ist eine Aufgabe, die angesichts der Struktur des ÖPNV nur regional wirklich gelöst werden kann. Auch das Land ist hier gefordert, seine Ankündigungen eines landesweiten Sozialtarifs schnell umzusetzen.

Der Einstieg in das Mannheimer Sozialticket unter der Prämisse eines fiktiven Subventionsbedarfs, der bei 400.000 Euro zu deckeln sei, wird äußerst spärlich ausfallen und nur unter der Devise vertretbar sein: Nutzen wir die Zeit, die politische Blockade zu brechen und die Betriebswirtschaft vom Kopf auf die Beine zu stellen. Letztlich geht es um den Kampf gegen die Verachtung von Menschen mit geringem Einkommen.

Thomas Trüper, Stadtrat Die Linke

Kommunen als Basis unserer sozialen Demokratie retten

Die Ergebnissadressen von Halber-Haid (SPD) und OB Palmer (Grüne) offenbaren: Grün-Rot hatte nie einen Politikwechsel in Baden-Württemberg vor. Man ist froh, wenn man vom großen Kuchen der Macht



Dr. Emanuel Peter

kleine Krümel abbekommt. Andere Bundesländer haben Regierungspräsidenten als Überbleibsel preußischer Obrigkeit längst abgeschafft.

Bei uns hat sie die CDU mit der

Verwaltungsreform 2005 noch einmal gestärkt. Mit dieser Machtstruktur wurde die Basta-Politik von Mappus erst möglich. Denn Regierungspräsidenten sind ein Kontroll- und Gängelungsorgan der Landesregierung. Indem sie drohen, Kommunalhaushalte nicht zu genehmigen, setzen sie Sozialkürzungen und immer neue Aufgaben ohne Finanzmittel durch. Statt jetzt über mehr und direkte Bürgerbeteiligung (Senkung des hohen Quorums bei Volksentscheiden) und demokratische Strukturen zu diskutieren, leiert Grün-Rot eine verquere Personaldebatte an.

Statt die Kommunen zu entschulden (Rettungsschirm), werden im Landeshaushalt Stellen gestrichen, werden bei Beamten (Polizei, Zoll, Steuern, Bildung) 130 Mio. gekürzt. Statt beim Kita-Ausbau endlich genügend Landesmittel bereitzustellen und das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, zahlt auch“) zu verwirklichen, setzen SPD und Grüne in den Kommunen Gebührenerhöhungen für Eltern und Dumpinglöhne für Tagesmütter durch. Hauptsache, die 10 Billionen Euro Privatvermögen werden nicht durch eine Vermögenssteuer gefährdet. Mit dieser reinen Landessteuer bräuchte Nils Schmid nicht der „Nullverschuldung“ hinterherjagen, sondern könnte problemlos die notwendigen Investitionen zahlen. Damit könnten wir die Kommunen als Basis unserer sozialen Demokratie retten! *Dr. Emanuel Peter, Linke-Stadtrat, Rottenburg, 21. Februar*

Linke-Fraktion warnt: Karlsruhe droht soziale Spaltung

(KA-NEWS PS/MDA) – „Der finanzielle Spielraum ist da. Das hat sich in der Hauptausschusssitzung am Dienstag klar ergeben“, begründet der Stadtrat der Linken im Karlsruher Gemeinderat, Niko Fostiropoulos, in einer Pressemitteilung seine Forderung nach einem millionenschweren Mietwohnungsbauprogramm für Karlsruhe. Die grün-rote Landesregierung sieht er zu wirksamer Kofinanzierung in der Pflicht. Denn Karlsruhe drohe die „soziale Spaltung“.

„Natürlich sehen auch wir die Schuldenreduzierung und die vielen anderen notwendigen Maßnahmen zum Erhalt der Daseinsvorsorge und der Zukunft der Stadt. Aber wir wollen eine eindeutige Priorität! Die Verhinderung von massenhafter Wohnungsnot in Karlsruhe“, so Fostiropoulos weiter. Die 6.000 Bürger auf der Warteliste der Volkswohnung seien nur die Spitze des Eisbergs. Familien und Alleinerziehende mit Kindern, Ältere, Kranke und Arbeitslose, die oft nach langer Zeit in Hartz IV mit geringsten Renten aus dem Berufsleben ausscheiden, seien am stärksten von Ar-

mut und Wohnungsnot bedrohten Gruppen, heißt es weiter. „Karlsruhe ist eine vergleichsweise wohlhabende Stadt und sie tut auch viel“, so Fostiropoulos weiter. „Wir erhoffen und wir wünschen uns eine große Einigkeit im Gemeinderat.“

Ein ausreichendes Angebot von erschwinglichen Mietwohnungen in angemessener Qualität sei derzeit vielleicht das wirksamste und nachhaltigste Armutsverhinderungsprogramm für die Stadt. Die Kandidatinnen und Kandidaten zur OB-Wahl müssten sich an dieser Frage messen lassen. Der Gemeinderat könne im Frühjahr 2013, mit dem nächsten Doppelhaushalt, in einem ersten großen Schritt diese zentrale soziale Frage unserer Stadt angehen.

Für starke Kliniken in öffentlicher Hand

Schwetzingen: Linke Kreisräte und Bundestagsabgeordnete bei der GRN

Nicht alltäglichen Besuch konnte der Geschäftsführer der GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar, Rüdiger Burger, im Schwetzingener Krankenhaus begrüßen. Die beiden Kreisräte der Linken, Carsten Labudda und Dr. Edgar Wunder, hatten die parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion, Dr. Dagmar Enkelmann, mitgebracht. Gemeinsam wollten die drei sich über die Arbeit der kreiseigenen Gesundheitsbetriebe informieren, hieß es in einer Presseerklärung der Linken.



Dr. Dagmar Enkelmann

Burger berichtete über die zwölf Einrichtungen, welche die GRN im Kreis betreibt, darunter vier Kliniken mit Regelversorgung und drei geriatrische Reha-Kliniken. Dabei wurden die Erfolge und die Herausforderungen thematisiert.

Besonders stolz zeigte Burger sich über die Entwicklung lokaler Kooperationen. So habe die Schwetzingener Klinik inzwischen 13 niedergelassene Fachärzte in ihren Räumlichkeiten, die eine große fachliche Breite und eine enge Zusammenarbeit im Interesse der Patienten mit sich brächten. Er wies jedoch auch darauf hin, dass solche Modelle nicht überall funktionierten: „Das geht nur dort, wo es eine sehr begrenzte Versorgung vor Ort gibt.“ Anderenfalls stießen solche Konzepte schnell auf den Widerstand der niedergelassenen Ärzte, weshalb sich die GRN immer um eine

enge Abstimmung mit der lokalen Ärzteschaft bemühe.

Ein großes Thema für die Zukunft sei die Verbesserung der palliativ-medizinischen Versorgung. Hier bestehe viel Handlungsbedarf. Erste Erfahrungen mit örtlichen Kooperationsnetzwerken trügen bereits Früchte, doch bis zu einer flächendeckenden Versorgung sei es noch ein gutes Stück Arbeit. In der Diskussion teilte Burger die Kritik der Linken an den unzureichenden Pflegesätzen – insbesondere bei der Versorgung demenzkranker Menschen.

Einigkeit herrschte auch bei der Ablehnung von Privatisierungen im Gesundheitsbereich. So würden Privatkliniken sich oft auf lukrative Bereiche spezialisieren und den öffentlichen Krankenhäusern die weit weniger ertragreiche Regelversorgung überlassen. „Wir brauchen weiterhin starke Kliniken in öffentlicher Hand“, so Enkelmann und Burger. Beide Seiten verständigten sich auf die Fortsetzung des Dialogs. zg

Klasse Kitas für unsere Kinder

Am 18. Februar lud der Landesvorstand alle Interessierten zur Gründung einer Kita-Arbeitsgruppe ein. Auf dem Programm stand die Erarbeitung eines Kita-Kampagne-Konzepts für Baden-Württemberg. Vertreter des Landesvorstandes, Mitglieder der AG Bildung und aktive Mitglieder aus den Kreisverbänden waren der Einladung gefolgt. Auch der Jugendverband [solid] war vertreten.

Nach einem inhaltlichen Austausch wurden drei griffige Forderungen für die Kampagne definiert:

- Qualität erhöhen – Personalschlüssel verbessern
- Stufenplan für gebührenfreie Kitas
- Anspruch auf Kitaplätze umsetzen

Diese Forderungen sollen unter dem Slogan „Klasse Kitas für unsere Kinder“ den Kern der Kampagne bilden.

Erste Schritte werden eine zentrale Auftaktveranstaltung und die Erstellung eigener Materialien wie Flyer, Plakate usw. sein. Außerdem wird über eine Postkartenunterschriftaktion nachgedacht. Auch soll es dezentrale Veranstaltungen und Aktionen in den Regionen geben.

Für den Landesvorstand sind Sabine Rösch-Dammenmiller und Bernd Rixinger im Kampagnen-Rat vertreten.

Die Kampagne selbst und weitere Termine sollen auf dem

nächsten Landesparteitag im April vorgestellt werden. Die Auftaktveranstaltung ist für Mai geplant. *André Hettrich*

Freiburg: Widerstand lohnt sich

Im Amtsblatt vom 23. Februar weist Hendrijk Guzzoni, Stadtrat der Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Listen, auf drei Beispiele erfolgreichen Widerstands hin:

Fall 1: seit über einem Jahrzehnt fordern die Unabhängigen Listen, auf dem Gelände des Güterbahnhofs Nord, Gewerbe- und Wohnbebauung vorzusehen. Jahrelang scheiterte dies an der sturen Haltung der Stadtverwaltung und der anderen Gemeinderatsfraktionen. Doch plötzlich (mit dem neuen Baubürgermeister – die UL war übrigens die einzige Fraktion die vor Jahren gegen die Abschaffung des Baudezernats gestimmt hatte) neue Bewegung: die neuen Pläne sehen knapp 20% Wohnbebauung vor. Besonders charmant das Vorhaben, eine Fläche für Baugruppen zu reservieren, die gemischte Gewerbe- und Wohngebäude erstellen sollen.

Fall 2: im Dezember sollte der Gemeinderat nach Vorschlag der Ver-

waltung dem Verkauf von städtischen Grundstücken (Rennweg/Stefan Meier Str./ Sautierstr.) an die Südwest Privatisierungs GmbH (die heißen nicht nur so, die meinen das...) zustimmen. Nach öffentlicher Kritik und Protesten der Unabhängigen Listen wurde dieser Punkt am 13.12.2011 von der Tagesordnung des Gemeinderats genommen. Und nun der Kurswechsel: die Stadt „verzichtet“ auf die Einnahme von ca. 2,3 Millionen Euro durch die Grundstücksverkäufe und kündigte im Gegenteil an, bei einem Verkauf dieser 108 Wohnungen seitens der Gagfah von einem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. Interesse an einem Kauf von Grundstücken und Wohnungen hat auch die Genossenschaft „Bauverein“. Unabhängige Listen und Bürgerinitiative Wohnen ist Menschenrecht meinen, dass wenn die BewohnerInnen einen Kauf durch den Bauverein befürworten, die Stadt dies ermöglichen und befördern sollte.

Fall 3: Ebenfalls im Dezember 2011 sollte der Gemeinderat neue Vergaberichtlinien für städtische Grundstücke verabschieden. Ein Kernpunkt dabei: die Vergabe (fast) aller Grundstücke nach Höchstgebot. Auch Grundstücke an Baugruppen und auch Grundstücke für den geförderten Mietwohnungsbau. Welch

ein Irrsinn: Grundstücke für sozialen Wohnungsbau nach Höchstgebot (also so teuer wie möglich) zu vergeben! Soziale und gestalterische Gesichtspunkte sollen keine Rolle spielen. Auch hier wurde die Entscheidung nach Kritik seitens der UL vertagt. Nun zeichnet sich ab, dass es im Gemeinderat keine Mehrheit für die ursprünglichen Pläne der Verwaltung mehr gibt, dass die Stadtverwaltung zumindest teilweise von ihrer Haltung abrückt.

Wohnen in Freiburg muss bezahlbar sein!

Wir wollen mehr für den sozialen Wohnungsbau! Mehr Förderung von Baugruppen! Plätze für Wagenburgen! Für einen guten sozialen Mix in allen Quartieren!

Hendrijk Guzzoni, Stadtrat Unabhängige Listen

Die Reichen werden immer reicher...

Mietabzocke stoppen!

Bezahlbare Wohnungen - Strom und Heizung zu sozialen Preisen.

Jetzt: Mitmachen!
www.die-linke-bw.de

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

„Grün-Rot bricht ein weiteres Wahlversprechen“

Regierung in Stuttgart vollzieht größte Wohnungsprivatisierung in der Geschichte des Bundeslandes. Gespräch von Herbert Wulff (Junge Welt, 20.2.2012) mit Bernd Rixinger

Die mehrheitlich im Staatsbesitz befindliche Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) hat in der vergangenen Woche rund 21 500 Wohnungen an die private „Patrizia Immobilien AG“ verkauft. Die Linke übt ebenso wie Mieterverbände heftige Kritik an diesem Deal. Warum?

Es ist die größte Wohnungsprivatisierung in der Geschichte Baden-Württembergs. Die „Patrizia“ hat ein Eigenkapital in Höhe von nicht einmal drei Prozent der Kaufsumme und kann die Übernahme nur mit Hilfe einer Investorengruppe aus Versicherungen, Banken und Pensionsfonds stemmen. Die wollen vor allem eins: Profit machen. Mieterinteressen spielen dabei keine Rolle.

Die Stadt Stuttgart hatte sich mit der Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Baden-Württemberg AG (GWG) eigens zu einem Konsortium zusammengeschlossen, um für die LBBW-Wohnungen zu bieten. Wäre das die bessere Alternative gewesen?

Das ist natürlich auch eine Investorengemeinschaft, an der aber zumindest regionale Wohnungsbaugesellschaften beteiligt sind, sowie die Stadt, die eine Sperrminorität hat. Dieses Konsortium hatte für die Wohnungen in Baden-Württemberg eine Bestandsgarantie gegeben und Investitionen von 75 Millionen Euro versprochen. Auch die vom Verkauf betroffenen Beschäftigten wären abgesichert gewesen.

Finanzminister Nils Schmid (SPD) argumentiert, das Konsortium habe „zu wenig Geld geboten“. Können Sie das nachvollziehen?

Die Differenz lag bei gerade mal 30 Millionen Euro – bei einer Kaufsumme von 1,4 Milliarden! Das ist geradezu lächerlich und eine Frechheit des Finanzministers, zumal im Koalitionsvertrag ausdrücklich festgeschrieben war, dass der Käufer auf dem hiesigen Wohnungsmarkt Erfahrung haben und als verlässlicher Partner der Kommunen engagiert sein soll. Beides ist bei der „Patrizia“ nicht der Fall. Wenn wegen 30 Millionen Euro Mieterinteressen mit Füßen getreten werden, ist das der Bruch eines weiteren Wahlversprechens von SPD und Grünen – neben „Stuttgart 21“, zu

geringen Investitionskostenzuschüssen für die Kliniken und einer verzögerten Erhöhung der Beamtenbesoldung.

Bei der „Patrizia“ sitzt jener Manager an zentraler Stelle, der einst für den Finanzinvestor Fortress den Kauf der Immobilienfirma Gagfah einfädete – die hatte vor fünf Jahren sämtliche Wohnungen der Stadt Dresden übernommen. In der Folge wurde dort kaum in den Wohnungsbestand investiert und eine hohe Dividende aus dem Unternehmen gezogen. Befürchten Sie nun ähnliches in Stuttgart?

Ja, die „Patrizia“ darf schon jetzt knapp 1000 Wohnungen pro Jahr verkaufen und nach fünf bzw. sieben Jahren den Rest. Ihren Worten, sie hätte keine solchen Absichten, darf man keine Minute Glauben schenken. Das sieht selbst Stuttgarts CDU-Finanzbürgermeister Michael Föll so.

Die Stadt Stuttgart ist bei der „Patrizia“ mit dem Versuch abgeblitzt, 4 884 Wohnungen der Eisenbahn-Siedlungsgesellschaft am Nordbahnhof aus dem LBBW-Bestand herauszukaufen. Was hat es damit auf sich?

Hintergrund ist, dass die „Patrizia“ es ablehnt, eine erweiterte Sozialcharta zum Mieterschutz zu akzeptieren, wie es sie bei dem Konsortium gegeben hätte. Für das besonders betroffene Viertel am Nordbahnhof – das übrigens an das Areal von „Stuttgart 21“ angrenzt und gänzlich Spekulationsinteressen unterworfen werden könnte! – fordert Die Linke eine Erhaltungssatzung, die zumindest einen Abriss verhindern würde. Es ist zu fürchten, dass das Mietniveau weiter steigt. Allerdings wurden die Mieten schon unter der LBBW-Ägide erhöht, so dass sie gar nicht mehr so niedrig sind, wie sie eigentlich sein sollten. Die Frechheit besteht auch darin, dass die Stadt Stuttgart und das Land der LBBW erst kürzlich mit Kapitalerhöhungen von einer bzw. zwei Milliarden Euro aus der Klemme geholfen haben, weil diese sich an den internationalen Spekulationsmärkten verzoxt hatte. Stadt und Land haben die Mehrheit an der LBBW.

Das Mindeste wäre, dass eine Bank in öffentlichem Besitz auch einem öffentlichen Auftrag nachkommt und nicht wie eine normale Privatbank agiert. Des Weiteren fordert Die Linke die Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus und die Einführung strikter Mietobergrenzen, damit die Menschen nicht wegen steigender Wohnkosten verarmen.

LBBW-Wohnungen fallen Heuschrecke zum Opfer

Hannes Rockenbach, Fraktionsvorsitzender von SÖS und LINKE im Gemeinderat Stuttgart, und Christoph Ozasek, Mitglied des Regionalparlaments und Kreisverbandssprecher DIE LINKE. Stuttgart, zum Verkauf der LBBW-Immobilienpartie an die Augsburger Patrizia Immobilien AG:

„60.000 Menschen werden dem Willen einer bayerischen Börsenheuschrecke ausgeliefert, der es einzig und allein um maximale Renditen geht. Dies zeigt bereits der Blick auf die hohe Fremdfinanzierung seitens Patrizia, die gerade einmal über 3% des benötigten Eigenkapitals verfügt. Die eigentlichen Käufer werden Versicherungen sein, für die nur der Profit zählt.“

Insbesondere mit Blick auf die gravierende Unterversorgung für Haushalte mit wenig Einkommen darf Wohnraum in Stuttgart aber nicht der Spekulation anheim fallen. Nun droht im Bestand alter Bahnerwohnungen am Nordbahnhof, der durch die Immobilienspekulation auf dem Gleisvorfeld ohnehin einem großen Verwertungsdruck unterliegen wird, durch Umwandlung in Wohneigentum eine Gentrifizierung mit allen Folgen sozialer Verdrängung und Entmischung.

Es ist ein Skandal wie die Landesregierung LBBW-Manager Vetter schalten und walten lässt, anstatt auf den Verkauf des Bestands an das gemeinwohlorientierte Kommunalkonsortium zu dringen. Dabei steht im Koalitionsvertrag, dass die Immobilienpartie in eine sozialverantwortliche und nachhaltige Bewirtschaftung übergehen sollte. Niemand kann sich jetzt ernsthaft hinter nebulösen Vertragsabsprachen verstecken. Am Beispiel der Wohnungsprivatisierung in Dresden wird besonders augenscheinlich, wie wirkungslos selbst eine strafbewehrte Sozialcharta ist. Sicherheit und Schutz für die Mieter wird es mit der Wohnungsprivatisierungs-AG Patrizia nicht geben. SÖS und LINKE werden einen Antrag einreichen, bei den nun drohenden Wohnungsvorkäufen das kommunale Vorkaufsrecht anzuwenden. Die LBBW agiert nicht wie ein öffentliches und gemeinwohlorientiertes Unternehmen. Mit einer echten städtischen Sparkasse wäre dieser Vorgang undenkbar gewesen. Wir stellen die städtische Beteiligung an der LBBW nach dieser Entscheidung des Managements in Frage.“

LBBW-Wohnungen gehen an Finanzinvestor: Mieter im ganzen Land sind die Verlierer! Landesregierung opfert Mieterschutz den Profitinteressen

Der größte Wohnungsverkauf in der Geschichte Baden-Württembergs geschieht auf dem Rücken der Mieter. Profitur des von der EU-Kommission erzwungenen Verkaufs der LBBW-Immobilienpartie ist die Augsburger Patrizia AG, die im Bieterwettbewerb den Zuschlag des Landesbank-Vorstands erhalten hat. Die Landesregierung hat als Miteigentümer, trotz gegenteiliger Aussagen im Koalitionsvertrag, die Interessen von 60.000 Mietern mit Füßen getreten. 21.500 Wohnungen werden nun dem börsennotierten Finanzinvestor übergeben, der ausschließlich Profit abschöpfen wird. DIE LINKE hat für dieses Vorgehen keinerlei Verständnis.

Die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg haben die LBBW vor kurzem noch mit Milliardenbeträgen vor dem Ruin gerettet. Das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart und die Kreissparkassen zahlten 5 Milliarden Euro zur Erhöhung des Kernkapitals. Hatten müssen dafür die Einwohner/innen von Baden-Württemberg. Die LBBW hatte sich, wie viele Banken, auf den internationalen Spekulationsmärkten verzockt. Stadt und Land sind Mehrheitseigentümer der LBBW. Sie müssten diesen unsozialen Deal nicht hinnehmen. Es ist ein Trauerspiel, dass ausgerechnet unter einer Grünen/SPD-Regierung die bisher größte Wohnungsprivatisierung erfolgt, obwohl es eine sozialere Alternative gegeben hätte.

Zusagen des Baden-Württemberg-Konsortiums waren deutlich besser

Das extra für den Kauf der Wohnungen gegründete Baden-Württemberg-Konsortium, in dem auch die Stadt Stuttgart beteiligt ist, hatte ein deutlich besseres Angebot für Mie-

Vertreter der Landesregierung zur Rede stellen

Im Wahlkampf hatten SPD und Grüne versprochen auf soziale Interessen bei der Vergabe besonderen Wert zu legen. Im Koalitionsvertrag heißt es: „An potenzielle Käufer haben wir die Erwartung, dass sie bereits Erfahrungen auf den baden-württembergischen Wohnungsmärkten gesammelt und sich als verlässliche Partner der Kommunen engagiert haben.“ Finanzminister Nils Schmid, der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel, aber auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann müssen erklären, warum sie ein weiteres Wahlversprechen gebrochen haben. Die Aussagen von Ministerpräsident Kretschmann, der Deal wäre vertretbar, und von Finanzminister Schmid: „Die einen haben eben zu wenig Geld geboten“, können nur als blanke Zynismus bewertet werden.

Wohnen ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht

Es fehlt in vielen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg an bezahlbarem Wohnraum. Darunter leiden in besonderem Maße Menschen, die nicht über hohe Einkommen verfügen, Alleinerziehende und Familien mit Kindern. Bereits die schwarz-gelben Landesregierungen der Vergangenheit haben den sozialen Wohnungsbau eingestellt und den Wohnungsmarkt ganz der Spekulation unterworfen. Wohnen ist zum großen Geschäft für Finanzinvestoren und Makler geworden.



DIE LINKE fordert:

- Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus.
- Mietobergrenzen, denn Wohnen muss bezahlbar sein. Menschen, mit niedrigem Einkommen, Alleinerziehende und Familien mit Kindern dürfen nicht verarmen, weil sie die Mieten nicht mehr bezahlen können.
- Stopp der Privatisierung kommunaler Wohnungen.
- Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass die LBBW als öffentliche Bank ihren öffentlichen Auftrag erfüllt und sich nicht verhält wie jede profitorientierte Privatbank.

Wir unterstützen es mit Rat und Tat, wenn sich Mieterinitiativen bilden, die die Interessen der Betroffenen gegen die Gewinninteressen der Patrizia vertreten. Unsere LINKEN-Gemeinderäte vor Ort werden auch im Stadtrat die Interessen der Mieter und ihrer Initiativen einbringen.

DIE LINKE.

Baden-Württemberg

So erreichen Sie uns:

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711-241045
info@die-linke-bw.de
www.die-linke-bw.de

Ostermarsch 2012: Hände weg vom Krieg! Atomwaffen ächten! Abrüsten!

Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. (Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 26, Satz1). Elf Jahre Krieg in Afghanistan und die aktuellen Kriegsvorbereitungen gegen Iran und Syrien werden die Themen des diesjährigen Ostermarsches am 7. April in Stuttgart sein.

Der Ostermarschaufruf richtet sich auch gegen Rüstung und Rüstungsexport.

Mit Krieg und Rüstung wird Geld verdient: Deutschland hat sich Platz 3 der Rüstungsexportnationen gesichert. Auch in Baden-Württemberg sitzen

die Profiteure des Krieges, allen voran Europas drittgrößter Rüstungsproduzent EADS. Über ein Dutzend Firmen im Bodenseeraum produzieren schwere Waffen. In Oberndorf widmet sich Heckler & Koch dem tödlichen Geschäft mit der Rüstung. Die dort produzierten Handwaffen sind in nahezu jedem kriegerischen Konflikt auf dieser Erde im tödlichen Einsatz. Die LINKE setzt sich mit den Ostermarschierenden für folgende Forderungen ein: Bundeswehr raus aus Afghanistan! Kein weiterer Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee! Kein Werben fürs Sterben und fürs Töten an Schulen, Jobzentren, Messen und Volksfesten! Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte. Stopp aller Rüstungsexporte! Keine Rüstungsforschung! Zivilklausel

für Hochschulen und Forschungseinrichtungen!

Statt einer Politik der militärischen Optionen brauchen wir eine Politik des gleichberechtigten Austausches von Gütern und Ideen, der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Menschen, der Bekämpfung von Hunger, Krankheit und Armut. Der vollständige Ostermarschaufruf erscheint in den nächsten Tagen und ist unter www.die-linke-bw.de verlinkt.

Landesweiter Ostermarsch in Stuttgart:

Samstag, 7. April, ab 13 Uhr. Stuttgart, Lautenschlager Straße gegenüber Hauptbahnhof.

Abschlusskundgebung gegen 14.30 Uhr Schloßplatz.

Friedensweg 2012 am Bodensee

Mit zahlreichen Organisationen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich lädt DIE LINKE Ravensburg am 9. April (Ostermontag) zum Friedensweg 2012 ein. Von Arbon geht es über Steinhilber nach Friedrichshafen.

Über ein Dutzend Firmen im Bodenseeraum widmen sich dem todbringenden Geschäft der Rüstung und führen Waffen aus. Jede Minute stirbt ein Mensch an den Folgen einer Gewehr- oder einer Land-

mine. Fachleute schätzen, dass alleine durch Gewehre und Pistolen der Waffenschmiede Heckler & Koch nach dem Zweiten Weltkrieg weit mehr als eine Million Menschen ihr Leben verloren haben. Weitere ungezählte Kriegsopfer sind durch die vielen anderen waffenexportierenden deutschen Unternehmen zu beklagen.

Die deutschen Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Zu

den Empfängern deutscher Waffen, Rüstungsgüter und Lizenzen zählen auch Diktaturen und autoritäre Regime, die die Menschenrechte mit Füßen treten.

Selbst wenn die Waffen und Rüstungsgüter nicht eingesetzt werden, sind finanzielle Mittel gebunden, die damit für Bildung und Armutsbekämpfung nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir wollen dem Export von Terror und Gewalt made in Germany ein Ende setzen. Für weitere Informationen zum Ablauf und Zeitplan, schauen Sie auf unsere Internetseite unter: www.die-linke-ravensburg.de.

Passend zu diesem Thema arbeitet die LINKE. Kreisverband-Ravensburg, an einem Rüstungsatlas Oberschwaben, in dem alle Firmen erfasst werden sollen, die bei uns für die Rüstungsindustrie arbeiten. Deutschland ist der größte Rüstungsexporteur Europas. Weltweit exportieren nur die USA und Russland mehr Waffen als die Bundesrepublik Deutschland. Diese Waffenexporte befeuern und eskalieren nicht nur bestehende Konflikte und Bürgerkriege, sie sind auch an der Entstehung von Kriegen beteiligt. Menschenrechte sind gegenüber den machtpolitischen Interessen der Bundesregierung längst ins Hintertreffen geraten.

Es zeugt von bodenlosem Zynismus, wenn die Bundesregierung sich daran beteiligt, Deals wie die Lieferung einer Panzerfabrik nach Algerien oder von massenhaft Panzern nach Saudi-Arabien einzufädeln. Die Profiteure der Rüstungsexportförderung durch die Bundesregierung haben Namen und Adressen, sie befinden sich in unserer Nachbarschaft. *Michael Konieczny*

FÜR EINE
RÜSTUNGSFREIE
ZONENSEE
BODENSEE



FOTO: WOLFGANG FREY

FRIEDENSWEG 2012 AM BODENSEE
OSTERMONTAG 9. APRIL 10–16:15 UHR
 ÜBER EIN DUTZEND FIRMEN IM BODENSEERAUM WIDMEN SICH DEM TODBRINGENDEN GESCHÄFT DER RÜSTUNG UND FÜHREN WAFFEN AUS

▶ TREFFPUNKT: 9:45 Uhr Bahnhof Arbon. Fahnen und Transparente mitbringen!
 ▶ STATIONEN:

10:15 VORSPANN Gallus-Jubiläum 612 2012:
 ARBON, BEI DER GALLUSKAPELLE: Verantwortung übernehmen.
 Zur Zivilcourage von Gallus in Arbon
 Walter Frei, Theologe und Historiker, St. Gallen

Die Lage in Kurdistan geht uns alle an!

Von Annette Groth (MdB), menschenrechtspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion

Grundlegende demokratische Freiheiten wie Presse- und Meinungsfreiheit werden in der Türkei mit Füßen getreten. In den letzten zwei Jahren wurden in der Türkei über 7.700 Menschen festgenommen. Rund 700 Frauen wurden 2011 aus politischen Gründen verhaftet.

Unzählige Anwältinnen, Journalistinnen, Frauen- und Menschenrechtsaktivistinnen, Mitglieder der Friedensmütterinitiative und der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) wurden aufgrund ihres Engagements für Basisdemokratie und eine politische Lösung der kurdischen Frage inhaftiert.

Unter den gefangenen Frauen befinden sich auch zahlreiche Mandatsträgerinnen der BDP, darunter die türkischstämmige Verfassungsrechtlerin, Dr. Büsra Ersanli und Vertreterin der BDP im Verfassungsausschuss des Parlaments. Auch der renommierte Menschenrechtler und Verleger Ragıp Zarakolu und sein Sohn Deniz wurden inhaftiert. Ragıp Zarakolu sollte Mitte

November auf einer Veranstaltung der Schriftstellervereinigung PEN in Köln zum Thema „Meinungsfreiheit in der Türkei?“ referieren. Die Staatsanwaltschaft fordert Gefängnisstrafen von mindestens 15 Jahren nur für Reden bei öffentlichen Kundgebungen.

Bei dem Massaker vom 29.12.2011, das die türkische Armee in der Nacht in der Nähe des Dorfes Roboski in der kurdischen Provinz Şırnex anrichtete, wurden mindestens 36 Personen ermordet.

Die Linke ist Schwesterpartei der BDP und protestiert vehement gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und fordert die Freilassung der politischen Gefangenen. Aufgrund der Verhaftung von zahlreichen Journalistinnen habe ich schon im Dezember die Freilassung von JournalistInnen gefordert, von denen die türkische Regierung behauptet, sie würden „verbotenen Organisationen“ nahestehen.

Schon vor den Polizeiaktionen saßen in der Türkei 70 JournalistInnen im Gefängnis. Reporter ohne Grenzen führt die Türkei in ihrer Rangliste über die weltweite Lage der Pressefreiheit auf Platz 138 von insgesamt 178 Staaten.

Mannheim: Stadtrat gibt weitere Linie des Konversionsprozesses vor

Seit April 2011 läuft nun der BürgerInnen-Beteiligungsprozess zur Konversion der von den US Streitkräften schon verlassen oder bis 2015 noch frei wendenden Militärf Flächen. Von den über 500 ha gehört der Stadt Mannheim noch kein einziger. Eigentümerin ist die dem Finanzministerium unterstellte BIMA (Bundesagentur für Immobilienaufgaben).

Sollen die Menschen in Mannheim im Rahmen eines demokratischen Prozesses irgend einen Einfluss auf das weitere Schicksal der bisher abgeriegelten Flächen bekommen, sollen auf diesen Flächen Dinge entstehen, die den Menschen nutzen und die Lebensqualität und die Arbeitsmöglichkeiten in dieser Stadt verbessern, dann ist trotz der bisher nicht geänderten Eigentumsverhältnisse die frühzeitige Eröffnung der Ideenschmiede und der Einbeziehung etlicher städteplanerischer ExpertInnen ein unverzichtbarer Schritt gewesen.

Die Alternative, der „natürliche“ Gang der Dinge wäre: Die BIMA sucht Investoren, die erst einmal die Filetstücke für möglichst hohe Preise zum Nutzen des Bundeshaushalts erwerben, und dann ihre Ziele auf den Grundstücken verfolgen, die keineswegs mit den Interessen

der Stadtgesellschaft übereinstimmen müssen. Baukonzerne, Investmentgesellschaften, Banken wären die Akteure, die Stadtbevölkerung die Zuschauer.

In seiner Sitzung am 14. Februar hat nun der Gemeinderat zustimmend das „Weißbuch: Offene Räume – Starke Urbanität“ zur Kenntnis genommen und „Eckpunkte“ für das weitere Vorgehen gegen die Stimmen von FDP und ML beschlossen. Mit diesem Beschluss hat die Verwaltung eine Vorgabe für ihr weiteres Handeln und speziell auch für ihre Verhandlungen mit der BIMA bekommen.

Das Weißbuch enthält einen Überblick über die bisherig schon existierenden Planungen (z.B. Flächennutzungsplan) und über wesentliche planungs-

rechtliche Rahmenbedingungen. Es dokumentiert die Arbeit der verschiedenen Foren und bietet eine Darstellung der am Prozess beteiligten Gruppen und Initiativen.

Ein wesentlicher nun der Verwaltung erteilter Auftrag ist, die gesamten Flächen durch die Stadt bzw. eine städtische Gesellschaft („MWS-G“) zu erwerben, um dann mit Investoren und Projektbetreibern im Rahmen der Planungsgrundsätze ins Geschäft zu kommen und so einen Teil der Flächen wieder zu veräußern. Diese von demokratischem Steuerungsinteresse getragene Strategie geht der FDP gegen den wirtschaftsliberalen Strich. Sie möchte das „freie Spiel des Marktes“ in größerem Umfang walten lassen. Ein Ergebnis des Beteiligungsprozesses und der Expertenrunden ist u.a. die nun beschlossene Zielsetzung, einen großen zusammenhängenden Grünzug nord-östlich um die Stadt entstehen zu lassen aus Kombination bereits vorhandener Grünflächen mit solchen der Militärf Flächen, von denen ein Teil renaturiert werden soll. Auf dieser Basis soll (auch aus Gründen der Refinanzierung) die Bundesgartenschau 2023 nach Mannheim geholt werden. Die von Vielen zunächst belächelten „1.000 Ideen“ aus dem bürgerschaftlichen Beteiligungsprozess sind im Weißbuch nach einer Konzentrationsrunde der verschiedenen Workshops und Bürgerforen sortiert nach „machbar“ und „nicht weiter zu verfolgen“. Einige Projekte haben durchaus konkrete Formen angenommen: beispielsweise die Projekte für integrative neue Wohnformen (z.B. „Umbau“, „13 ha Freiheit“, „Miteinander Vielfalt leben“). Die beiden erstgenannten stützen sich mit ihren Finanzierungsmodellen auf das Mietersyndikat. Zielfläche sind die Turley-Barracks (Neckarstadt Ost), die als erste von der Stadt erworben werden sollen. Der Oberbürgermeister machte auf der Gemeinderatssitzung deutlich, dass die ersten ernsthaft interessierten Investoren meist aus dem Bereich „Kulturhöfe“ kommen. Die Bürgerbeteiligung ist mit der Verabschiedung der „Eckpunkte“ nicht in die Ecke gestellt. Die Arbeit muss mit langem Atem weitergehen. Den Beteiligten ist viel Geduld und Beharrlichkeit zu wünschen.

Die Linke wird sich darauf konzentrieren, für den durch die Konversion stark, aber nicht ausschließlich beeinflussten Mannheimer Wohnungsmarkt ausreichenden Wohnraum im unteren Preissegment außerhalb der „sozialen Brennpunkte“ einzufordern.

Thomas Trüper,
Stadtrat Die Linke



Stuttgart 21: Was uns Milliarden kostet, bringt anderen Millionen

Auch nach der Volksabstimmung und dem Fortgang der Abrissarbeiten ist die Auseinandersetzung über S 21 nicht beendet. Sie geht weiter in Stuttgart und sie geht weiter über die Verkehrspolitik im Land. Bei den Aktivitäten des Bündnisses engagieren sich auch weiterhin Mitglieder der LINKEN. Auf der Montagsdemo am 27.2. verteilte der KV Stuttgart folgenden Flugblatttext:

Stuttgart 21 ist das größte Milliardengrab Deutschlands. Nutzen wird es den Reichen, die auf dem Gleisvorfeld bauen. Ministerpräsident Kretschmann lässt Stuttgart 21 gegen unseren Willen bauen. Bezahlt wird das aus unseren Steuergeldern: fünf, sechs, sieben oder noch mehr Milliarden Euro! Doch es gibt Menschen, denen der Tiefbahnhof Millionen Euro einbringen wird. Allerdings benötigen sie das Geld gar nicht, weil sie schon Milliardäre sind:



1. Michael Otto, Privatvermögen: 12,3 Milliarden Euro, zweitreichster Mensch Deutschlands. Besitzt unter anderem Otto- und Quelle-Versand, Sport-Scheck, das Postunternehmen Hermes und 132 Einkaufszentren. Die Otto-Gruppe ist nach Amazon der zweitgrößte Internet-Händler der Welt. Michael Otto wird im sogenannten „Europaviertel“ bauen, zusammen mit...

2. Alexandra Schörghuber: Privatvermögen: 1,7 Milliarden Euro, Platz 35 in der Reichtum-Skala Deutschlands. Besitzt unter anderem die Brauereien für Paulaner-, Hacker-Pschorr- und Kulmbacher Bier, die Luxus-Hotels Sheraton und Westin Grand und Immobilien im Wert von 2,1 Milliarden Euro.

Zusammen mit weiteren Multimillionären bauen Otto und Schörghuber im Europaviertel ab diesem Frühjahr 500 Luxuswohnungen, ein großes Hotel, 43.000 Quadratmeter Ladenfläche mit einem Einkaufszentrum und 7.200 Quadratmeter Bürofläche.

Nur die Reichsten der Reichen profitieren von Stuttgart 21. Unterstützt werden sie von einer Landesregierung, die eigentlich gewählt wurde, um die Macht der Banken und Konzerne einzuschränken.

DIE LINKE fordert weiter den Baustopp von Stuttgart 21. Menschen sind wichtiger als Profite! Je früher die Bauarbeiten abgebrochen werden, desto weniger Steuergelder werden zum Wohl der Milliardäre verschwendet.

Walter Kubach (MdB-Büro Ulrich Maurer)

Antwort auf Boris Palmers Selbstkritik und Kritik in Sachen Stuttgart 21: Green-Washing – mal anders

Boris Palmers Bilanz der Volksabstimmung und der Bewegung gegen S21 vom Februar 2012 enthält wenige Elemente, denen wir zustimmen. Richtig ist z.B., dass die Gegenseite eine Mobilisierung der eigenen Leute zustande brachte, die wir nicht erwartet hatten, und dass bei vielen, die für S 21 stimmten, ein falscher, abstrakter Fortschrittsglauben eine Rolle spielte. Nicht zustimmen können wir seinen pauschalen Aussagen, die S21-Gegner hätten diese Gegenmobilisierung durch „Mystifizierung“ und Polarisierung begünstigt. Völlig anders sehen wir die Bilanz grüner Politik nach der Landtagswahl; die grün geführte Landesregierung hat viele Chancen, den Widerstand gegen S 21 zu stärken, nicht genutzt und die Bevölkerung völlig unzureichend über das Zerstörungspotential von S 21 informiert. Palmer betreibt hier Green-Washing der besonderen Art. Schließlich ist die Aussage falsch, mit der Volksabstimmung sei S 21 politisch nicht mehr zu stoppen.

Palmer betreibt, ähnlich wie der grüne Ministerpräsident, eine Überhöhung der Volksabstimmung vom 27. November 2011. Diese war ohne Zweifel eine Zäsur. Doch es gab andere Einschnitte. Und immer wurde nach all diesen Zäsuren der Widerstand gegen S 21 totgesagt. Das war so Anfang Dezember 2010, nach der Verkündung des Schlichterspruchs. Und das war so nach der Stresstest-Show im Juli 2011.

Die vollständige Antwort auf Boris Palmers Argumente findet man unter: <http://www.die-linke-bw.de/fileadmin/lv/pdf-extern/Antwort-auf-Boris-Palmer-S21-Kritik-WW01.pdf>

Erfolgreiche Aschermittwoch-Veranstaltungen

In Stuttgart sprach die Parteivorsitzende Gesine Löttsch und Claudia Haydt, Mitglied im Vorstand der Europäischen Linken, vor rund 250 Gästen.

Weitere Veranstaltungen am Aschermittwoch gab es in Mannheim mit Bernd Riexinger, in Freiburg mit Thomas Schuler („Die gekaufte Republik“), Karlsruhe mit Karin Binder, Weinheim und Neckarsulm.

Dort sprach und musizierte Diether Dehm. Er sang Lieder von Brecht und Eisler, aber auch eigene Kompositionen, wie den 80er Jahre-Hit „Monopoly“. Der Politiker, der in den Neunzigern Texte für die Satire-Sendung „Hurra Deutschland“ schrieb, imitierte Norbert Blüm und Helmut Kohl und sang als Heinz Schenk ein Lied übers Kaugummipapierchen. Spielend sprang er von einem Metier ins andere, um zwischen den künstlerischen Vorträgen zu aktuellen Themen Stellung zu beziehen: so zu Wulff, zu Gauck und zur Banken- und Griechenland-Krise.

„Die Linke verteidigt das Grundgesetz“ wehrte sich Dehm gegen die Beobachtung seiner Partei durch den Verfassungsschutz. Bedroht werde unsere Demokratie vielmehr durch die Macht der Finanzmärkte. Die Banken würden die Regierungen in einem stärkeren Maße beeinflussen, als die eigene Bevölkerung. „Deshalb wurde eine Volksabstimmung in Griechenland über die dortigen Sparmaßnahmen auf internationalen Druck verhindert.“

Mit dem Solidaritätslied von Brecht und Eisler wurde der offizielle Teil des Abends beendet.

Im Anschluss konnten die Zuhörer noch mit Diether Dehm und der gleichfalls anwesenden Bundestagsabgeordneten und verkehrspolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Leidig sprechen.

Florian Vollert

Politische Bildungsfahrten nach Berlin

Auf Einladung der sechs Bundestagsabgeordneten der LINKEN im Land finden dreitägige politische Bildungsfahrten des Bundespresseamtes nach Berlin statt. Die Fahrten bieten Gelegenheit, die Arbeit des jeweiligen Bundestagsabgeordneten und der Fraktion DIE LINKE kennen zu lernen.

Dazu gibt es ein interessantes politisches Rahmenprogramm mit Besuchen von Mahn- und Gedenkstätten, Stadtrundfahrt und vieles mehr. Fahrt, Unterbringung in Doppelzimmern und Verpflegung werden vom Deutschen Bundestag getragen. Bei Anfragen oder Anmeldungen bitte ausschließlich an die Wahlkreisbüros der Abgeordneten wenden.

Die nächsten Termine bei Ulrich Maurer finden vom 16. bis 19. Juli und 28. bis 31. Oktober statt.

Anmeldung:

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer MdB, Marienstr. 3 A, 70178 Stuttgart, Ansprechpartnerin: Rosemarie Bleicher, Tel.: 0711-2293227, Fax: 0711-2293228, Email: ulrich.maurer@wk.bundestag.de

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Geschäftsführender Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
Bernd Rixinger, Tel.: 0711-639771, eMail: BRixinger-Linke@web.de
Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de
Heidi Scharf, mobil: 0170/2198360, eMail: scharf.heidi@t-online.de
Sabine Rösch-Dammenmiller, Tel.: 07332-4988, mobil: 0162-9231196, eMail: roeda@gmx.de
Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de
Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583-1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, eMail: detlef.schoenig@dielinke-bodensee.de

Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail:info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Thomas Langner, Tel.: 07661/9035231, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-prohandel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de oder über Regionalbüro Freiburg

Esslingen

Gabi Grosse, 71624 Remshalden, Tel.: 07151/271960, Mail: gaby.grosse@arcor.de, net: http://www.die-linke-esslingen.de/

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greifenegggring 2, 79098 Freiburg, Tel.: 0761/29280730, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbrunn, Tel.: 0160-5330030, Mail: dorothee.diehm@igmetall.de • Hacı Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Geschäftsstelle DIE LINKE. Heidelberg/Rhein-Neckar, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221/7293533, Mail: info@dielinke-rhein-neckar.de, Net: www.dielinke-rhein-neckar.de • Detlef Gräser, Panoramastr. 17, 69198 Schriesheim, Tel.: 06203/661621, Mail: detlef.graesoer@dielinke-rhein-neckar.de • Renate Flühr, Scheffelstr. 5, 74889 Sinsheim, Tel: 07261/947015, renaete.fluehr@dielinke-rhein-neckar.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de.

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingefinglen, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de • Brigitte Tonda-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tonda-sigl@gmx.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, • Barbara Hoffmann, Kornwestheim, Tel.: 0177-340 4500, eMail: fbh.hoffmann@t-online.de, Net: www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-

Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB)
• Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Michael Konieczny, 88299 Leutkirch-Reichenhofen, Tel.: 0177-3227094, Mail: m_konie@web.de, Net: www.linkspartei-ravensburg.de

Rems-Murr

Jörg Drechsel, Bürgerwaldstr. 28, 71549 Auenwald, Tel.: 07191/903344, mail: joerg@drechsel.info • Reinhard Neudorfer, eMail: reinhard.neudorfer@die-linke-rems-murr.eu, Net: http://dielinke-rems-murr.de/

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: paul-wachter@t-online.de, Tel.: 07461-6558

Sigmaringen

Karl A.M. Friedrich, 88356 Ostrach, Tel.: 07585/935003, eMail: karlmagnusfriedrich@t-online.de, Net: www.die-linke-sigmaringen.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg am Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Jochen Lange, Mühlackerstr.13, 72336 Balingen, Tel.: 07433-9978566 oder 01520-7087995, eMail: info@die-linke-zollernalb.de

Zusammenschlüsse

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, eMail: ckramerneudorfer@onlinehome.de

AG Bildung

Elke Ehinger, 74078 Heilbronn, Tel.: 07131/910366, eMail: elke.ehinger@web.de

AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, eMail: thomas.haschke@gmx.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 72070 Tübingen, Tel.: 0162-2352964, eMail: mail@stefandreher.de

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG LiU Linke UnternehmerInnen

Volker Bohn, 74336 Brackenheim, Tel.: 0151-14906528, eMail: volker.bohn@dielinke-unterland.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Mail: Stadtrat-Staehle@gmx.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Antje Claaßen, antje.claassen@die-linke-zollernalb.de. Telefon 07477-256564. Gott-hilf Lorch, Tübingen, 07071/369783, eMail: gotthilf.lorch@amici-tue.de

AG Ökologische Plattform

Heinrich Dubell, Tel.: 0174-3874071, eMail: h.dubell@online.de

Kommunistische Plattform

Herbert Eckhoff, Tel. 07331-66520, eMail: herbert.eckhoff@t-online.de

Hochschulgruppen DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: die-linke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de
Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net

Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

Bürgerbüro Heidelberg, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel: 06221/7293531, Fax: 06221/7293530, Mail: edgar.wunder@michael-schlecht.net

Wahlkreisbüro Annette Groth

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, Inge.Jakowlew@dielinke-bodensee.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de

Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org
Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org
Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org
www.dieLinke-rv-stuttgart.de

24 Mandate der LINKEN in 17 Kreistagen

Biberach, Ulrich, Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen**, Ronald Borkowski, bkk.leo@t-online.de, Leonberg • **Bodensee**, Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen**, Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim**, Horst Mack, elli.nerz@freenet.de, Heidenheim • **Heilbronn**, Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Konstanz**, Michael Krause, michaelk79@web.de, Konstanz • **Ludwigsburg**, Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke, peter.schimke@gmx.de, Vaihingen •

Main-Tauber, Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau**, Reinhard Bross, reinhardbross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb**, Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg**, Till Bastian Dr., t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de, Isny • **Rems-Murr**, Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen**, Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar**, Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim.buchholz@dielinke-rhein-neckar.de, Leimen • **Tübingen**, Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen • **Zollernalb**, Eberhard Jaensch, eberhard.jaensch@web.de, Hechingen

39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

Aalen, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen**, Werner Bolzhauser, kulturamrande@kulturamrande.de • **Freiburg**, Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrijk Guzzoni, hst.guzzoni@web.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar_schuchmann@gmx.de • **Geislingen**, Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen**, Christian Staehle, Stadtrat-Staehle@gmx.de • **Heidelberg**, Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorentz@onlinehome.de • **Heidenheim**, Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn**, Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe**, Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinenez@viacanale.de • **Kehl**, Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz**, Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, h.reile@seemoz.de • **Kornwestheim**, Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr**, Lukas Oßwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen**, Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg**, Werner Hillenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim**, Thomas Trüper, thomas.trueper@mannheim.de • **Pforzheim**, Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen**, Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar**, Emanuel Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd**, Peter Müller, peter.mueller.sg@gmx.de; Sebastian Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen**, Richard Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen**, Rebecca Tanner, reb.tanner@googlemail.com • **Stuttgart**, Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen**, Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm**, Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim**, Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

■ Karlsruhe: Bezahl nicht für ihre Krise!

Millionärssteuer statt Milliarden für Banken! Michael Schlecht spricht über den Zusammenhang von Finanzkrise und prekärer Beschäftigung und stellt die steuerpolitischen Vorschläge der Fraktion DIE LINKE zu mehr Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums vor. **Donnerstag, 15. März** um 19.30 Uhr, Karlsruhe, Walhalla, Augartenstr. 27

■ Stuttgart: Löhne rauf – Krise stoppen!

Diskussionsveranstaltung mit Frank Iwer (IG Metall), Bernd Riexinger (Verdi) und Michael Schlecht (MdB). **Montag, 19. März** um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi-Bleicher-Straße 20.

■ Karlsruhe: We want sexual equality!

Film zum Equal Pay Day am **Freitag, 23. März** um 19 Uhr in der Kinemathek in Karlsruhe. Und darum geht's: Frauen legen mit einem Streik einen Industriezweig lahm und ha-

ben Spaß dabei. Der preisgekrönte englische Film erzählt eine wahre Geschichte im Kampf um gleichen Lohn mit Hintergründigkeit, Weiblichkeit und Witz. Im Anschluss an den Film findet im Foyer eine gemeinsame Diskussion zum Thema statt, zur Einführung spricht Sybille Stamm, Landessprecherin der Linken. Eintritt 4,50 € www.kinemathek-karlsruhe.de

■ Mannheim: Löhne rauf – Krise stoppen!

Diskussionsveranstaltung der LINKEN mit Peter Erni (Verdi), Reinhold Götz (IG Metall) und Michael Schlecht (MdB). **Dienstag, 27. März** um 18 Uhr, Jungbuschhalle, Mannheim, Werftstraße 10.

■ LAG Frauenpolitik

Sonntag, 1. April, 11.30 h bis 16 h, Landesbüro Marienstr. 3a, Stuttgart. Thema: Konzept Geschlechtergerechtigkeit in der Linken. Weil ein Brunch für die Teilnehmerinnen vorbereitet wird, bittet die LAG um Anmeldung bei Ofori.S@me.com.

■ Karlsruhe: Freiheit statt Kapitalismus

Sahra Wagenknecht spricht am **Freitag, 27. April** in Karlsruhe über aktuelle Entwicklungen auf dem Finanzmarkt, über die unsäglichen „Rettungsschirme“ für die Banken und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung der europäischen Länder. Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben auf www.dielinke-ka.de.

■ Regionalkonferenz

Zur Vorbereitung des Bundesparteitages der LINKEN am 2. und 3. Juni in Göttingen wird voraussichtlich am **20. Mai** in Stuttgart auf Einladung der Bundespartei eine regionale Konferenz stattfinden.

Bundesparteitagssdelegierte, Vertreterinnen der Kreisverbände und interessierte Mitglieder haben dort Gelegenheit, mit Gästen der Bundespartei über die inhaltlichen und personellen Entscheidungen des Bundesparteitages vorzubereiten.

Genauerer über www.dielinke-bw.de.



■ Aktionstage im Mai gegen Eurokrise und prekäre Beschäftigung

Neben zahlreichen Veranstaltungen vor Ort ist am **12. Mai** ein internationaler, dezentraler Aktionstag vorgesehen. Der Tag wird auch als Mobilisierungstag für die folgenden Aktionstage gedacht. **Dienstag, 15. Mai**, Stuttgart; vorauss. 17 Uhr Schlossplatz Demonstration und Kundgebung (Veranstalter IG Metall und Ver.di). **17. bis 19. Mai** Aktionstage des Krisenbündnisses in Frankfurt (Demonstration am 19.5.).

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Veranstaltungsprogramm März - Juli 2012

Kritik der politischen Ökonomie

14.03., 19 Uhr, Uni / Schloss, Ehrenhof, Mannheim

Ein Jahr nach dem Aufbruch

Aktivistinnen und Aktivisten berichten über die Situation in Ägypten und Tunesien

15.03., 19 Uhr, Forum Jugendkulturzentrum, Neckarpromenade 46, Mannheim

Krise und soziale Kämpfe in Portugal

16.03., 20 Uhr, Club Voltaire, Haaggasse 26b, Tübingen

Konsensmoderation - so geht's!

17.03. - 18.03., Denkmacherei, Werastr. 10, Stuttgart

Maßt Euch an! Konturen eines post-kapitalistischen Projekts

Das Modell einer demokratischen Bedarfswirtschaft in einem offenen Sozialismus

29.03., 20 Uhr, Kulturzentrum franz.K, Unter den Linden 23, Reutlingen

30.03., 19 Uhr, Bürgerräume West, Bebelstr. 22, Stuttgart

31.03., 10 - 17 Uhr, RLS-Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Als der Staat rot sah. Ein Film- und Diskussionsabend 40

Jahre nach dem Radikalenerlass

17.04., 19 Uhr, Württembergischer Kunstverein, Schlossplatz 2, Stuttgart

Guernica oder der Beginn des Zweiten Weltkriegs: Über die Lüge in Zeiten des Krieges. Zugleich Eröffnung der Ausstellung «75 Jahre Guernica»

18.04., 19 Uhr, Treffpunkt Rotebühnplatz, Rotebühnplatz 28, Stuttgart

Gemeinsam Visionen und Ziele entwickeln und verwirklichen

Einführung in die soziokratische Organisationsmethode

20.04. - 22.04., RLS-Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Im Alleingang oder gemeinsam aus der Krise - Gibt es nationalstaatliche Auswege?

24.04., 19 Uhr, Treffpunkt Rotebühnplatz, Rotebühnplatz 28, Stuttgart

Schriftsteller und der Spanische Bürgerkrieg

25.04., 20 Uhr, Treffpunkt Rotebühnplatz, Rotebühnplatz 28, Stuttgart

Strukturen und Ideologie des Rechtspopulismus in Ungarn

27.04., 20 Uhr, DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20, Stuttgart

Die Bundesrepublik und der Spanische Bürgerkrieg

03.05., 20 Uhr, Treffpunkt Rotebühnplatz, Rotebühnplatz 28, Stuttgart

Frauen im Spanischen Bürgerkrieg

08.05., 19 Uhr, Buch und Plakat - Antiquariat, Wagnerstr. 43, Stuttgart

Finanzkrise und Europäische Union: Geschichte und Folgen

18.05. - 20.05., Bildungshaus der AWO, Eschelbronner Straße 14, Eptenbach

Konflikte gemeinsam klären! Mediation in politischen Gruppen

19.05., 10 - 17 Uhr, Bürgerräume West, Bebelstr. 22, Stuttgart

Die Brücke von Varvarin. Lesung und Diskussion mit dem

Autor Hans Wallow

31.05., 20 Uhr, Jubez, Kronenplatz 1, Karlsruhe

01.06., 20 Uhr, Club Voltaire, Haaggasse 26b, Tübingen

Gewaltfreie Kommunikation und sozialer Wandel

22.06. - 24.06., Denkmacherei, Werastr. 10, Stuttgart

Frauensommerakademie 2012

05.07. - 08.07., AWO-Akademie, Ochsenfurter Straße 29, Marktbreit